

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Berichts- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Breslau, Freitag, den 11. Januar 1895.

6. Jahrgang

Ein unfreiwilliger Agitator.

Während neue Steuern und neue Mehrausgaben für den bewaffneten Frieden in Aussicht stehen, erscheint auch der „nothleidende Kohlenbaron“ und singt uns sein Klage lied. Dessen Inhalt läßt sich leicht ahnen: „Schlechte Zeiten, geringe Profite und unerträgliche Ansprüche der Arbeiter!“ Eingeführt wird der nothleidende Kohlenbaron von einem Herrn Esferß, der sich als Director der Gewerkschaft Königsborn bezeichnet, und zwar in einer Broschüre über „den niederrheinisch-westfälischen Kohlenbergbau im ersten Halbjahr 1894“. Herr Esferß schreibt also gewissermaßen „in eigener Sache“. Er will den Beweis führen, die Kohlenbarone seien so übel daran, daß sie zu Grunde gehen müßten, wenn nicht durch das Kohlen-Syndicat die Kohlenpreise erhöht werden wären und noch weiter erhöht würden.

Es ist niemals gut, wenn man eine Arbeit, die auf ihrem Titel Wahrheit verspricht — denn der Herr Director will die wirkliche Lage der Kohlenindustrie schildern — gleich mit einer groben Unwahrheit anfängt. Er sagt nämlich, man solle staatlischerseits den Privatbergbau „in Ruhe lassen“; derselbe sei gegen die „Rebellion“ der Arbeiter so widerstandsfähig, daß er „keinen fremden Arzt“ brauche. Glaubt denn der Herr Director, man habe schon vergessen, daß der „Privatbergbau“ bei dem großen Ausfall der Bergleute von 1889 „einen fremden Arzt“ herbeigezogen hat, der als Heilmittel Wajonnetie und blaue Bohnen zur Anwendung brachte?*) Man muß logischer Weise gegen

alle Angaben des Herrn Directors das höchste Mißtrauen hegen.

Sein Gedankengang ist etwa folgender: Die Kohlenindustrie ist in eine Nothlage gerathen durch die staatlichen Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen, welche den Unternehmern zu viele Kosten verursachen; dazu kommen noch die Ausgaben für Knappschafts-Kassen, Alters- und Unfallversicherung, Communalsteuer u. s. w. Im Oberbergamt Dortmund betragen die Kosten ungefähr 23 Millionen — nach Angabe des Herrn Directors. Darum müssen — so meint er — durch das Syndicat die Kohlenpreise noch bedeutend erhöht werden.

Leider verräth uns der Herr Director nicht, was der Gesamtprofit des in Rede stehenden Unternehmertums ist; er führt uns eine Anzahl Zechen an, von denen 59 mit einem Gewinn von 78 Pfg. pro Tonne gearbeitet haben; 43 haben angeblich an der Tonne 44 Pfa. Verlust gehabt und unter 102 Zechen haben 48 eine durchschnittliche Ausbeute von 75 Pfg. vertheilt. Er beziffert, daß im Durchschnitt sich der Verdienst auf 50 Pfg. pro Tonne belaufe, „kaum 3 pCt. des Capitals“ — und um diese „Kleinigkeit“ mache man so viel Lärm.

Aber nehmen wir an, daß die Angaben des Herrn Directors richtig sind und daß — nach Abzug aller Kosten — wirklich nur 50 Pfg. durchschnittlichen Profits pro Tonne herauskommen. In Deutschland werden jährlich etwa 82 Millionen Tonnen geordert; das macht 41 Millionen jährlichen Reingewinns für die Unternehmer, unter denen sich bekanntlich eine Menge Actiäre mit arbeitslosem Erwerb befinden. Aber in Wahrheit ist der Durchschnitts-Profijt weit

höher, wenn die nothleidenden Grubenbarone auch noch so laut schreien.

Die Arbeitslöhne belaufen sich nach des Herrn Directors eigenen Angaben auf 2 Mark 50 Pf. bis 3 Mark 70 Pf. pro Schicht. Und trotzdem diese Löhne geradezu kläglich genannt werden müssen, erhebt der Verfasser ein wüthendes Geschrei gegen die Socialdemokratie, welche die Bergarbeiter organisiren will gegen die christlich-socialen Partei, welche „gerechten Lohn“ und „Einschränkung der Schichtdauer“ verlangt, und er wendet sich sogar giftig gegen die Behörden, welche einen, wenn auch nur geringen Schutz gegen Unglücksfälle durchzusetzen suchen. Wie er über Feste der Arbeiter und Schnapscafés herzieht, so sucht er auch die Anordnungen der Behörden zum Schutze der Arbeiter in's Lächerliche zu ziehen. Er sagt u. A.:

„Ein Fall betrifft zwar nicht den Bergbau, sondern die Landwirtschaft. Er ist aber so bezeichnend und hat mit einzelnen beim Bergbau in Frage gestandenen Anordnungen über Verbesserungen von Waschläden und Ankleideräumen eine gewisse Verwandtschaft, daß er hier ebenfalls kurz angeführt sein mag. Bei einer hohen Behörde ist vor Kurzem allen Ernstes erwogen und zur Discussion gestellt worden, ob nicht durch polizeiliche Vorschrift den Frauen und Mädchen, welche auf dem Felde an Dampf Dreschmaschinen mitarbeiten, die Anlegung von Hosen und anschließenden Sachen zur Pflicht gemacht werden solle, damit sich die losen Kleider nicht in Theile der Maschine verwickeln. Dieser, gewiß einer löblichen Vorsicht entspringende Vorschlag ist allerdings von dem betreffenden Bezirksauschuß gestrichen, aber es mußte doch ernsthaft darüber verhandelt werden, sogar darüber, ob den Frauen und Mädchen nicht ein hölzernes oder eisernes Toiletten-

Maulwürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

29) [Nachdruck verboten.]

Paul begann zu sprechen:

„Arbeiter! Genossen! Ihr habt die Arbeit eingestellt, es ist euer Recht. Bis heute standet ihr auf dem Boden des Gesetzes, laßt euch nicht davon verdrängen. Gehet ruhig nach Hause, das Recht ist auf eurer Seite und es wird euch beschützen. Gehet nach Hause, vertrauet auf die Zukunft. Tausend und aber tausend Genossen stehen hinter euch, sie werden euch nicht verlassen.“

Wieder schrie er an „Hoch“ und „Hurrah“, klatschte in die Hände und jauchzte. Es hatte den Anschein, als wollte die Menge sich friedlich zerstreuen und zu ihrer Wassertröge und zu ihren Erdäpfeln zurückkehren.

Es sollte aber doch noch anders kommen. Aus dem engen Gäßchen, das sich zwischen Fabrik und Wohnhaus einschob, ertönte mit einem Male ein furchtbares Geschrei, Verwünschungen wurden laut, Flüche gelassen, hier und da ein schauerlicher Aufschrei. Die Menge drängte nach dem Gäßchen, eine wilde Schlägerei entbrach.

Arbeits hatte auch einen bedeutenden Grundbesitz, bewirthschaftete ihn aber nicht selbst, sondern hatte ihn in kleine Parzellen zertheilt und auf jeden dieser Flächen einen Pächter gesetzt. Diese Pächter wohnten

alle im Norden Umenaus, in nächster Nähe des Schlosses und der Fabrik.

Herr von Knipphausen, Krögis' Schwiegersohn und Gemahl Elebeths, hatte diese Leute beim Ausbruche des Krawalls um sich versammelt, um sie zu einem Angriff auf die lärmenden Weber zu bewegen. Anfangs hatten die Männer diesem Ansinnen Widerstand entgegen gesetzt, waren aber bald anderer Meinung geworden, als Knipphausen ihnen mit Entziehung der Pachtfelder drohte. Mit Knipphausen an der Spitze und bewaffnet mit Knütteln, Rechen, Schaufeln, allerlei Ackergeräth, marschirten sie daher, um die vor dem Schlosse angeammelte Volksmenge zu zersprengen.

In dem engen Gäßchen stießen sie auf die ersten Weber. Da diese nicht freiwillig den Plan räumen wollten, griffen die Pächter zu ihren Waffen. Einer wurde niedergeschlagen, ein zweiter erhielt einen Stich ins Bein. Immer mehr Leute liefen herzu.

Der eine hand einen Stein ins Taschentuch, ein anderer riß eine Latte vom Gartenzaun, im Handumdrehen hatte ein jeder eine Waffe und schlug wie toll um sich, auf seinen Gegner, auf seinen Nachbarn, wohin er traf.

„Wart, Du Hund, ich werd' es Dir geben!“
„Jesus, mein Kopf ist hin“.

„Heilige Mutter Anna, steh' mir bei!“ . . . fluchte, lärmte es durcheinander.

Es war ein Mordspital. Von allen Seiten drangen die Weber auf die Pächter, daß diese zusammengedrückt weder Arm noch Fuß rühren konnten.

Man nahm ihnen die Knüttel, prügelte sie weidlich durch und ließ sie laufen. Knipphausen aber behielt man als Geisel zurück. Die Weber wandten sich wieder nach dem Schlosse. Hier hatte man mittlerweile das Thor und die Thüren fest verrammelt, die Fensterläden des Erdgeschosses geschlossen.

Ein Wuthgeheul drang zu den Wolken, als die Weber diese Vorkehrungen bemerkten. Im Nu griff man wieder zu den Steinen. Oyla wollte die Bahnsinnigen abhalten von ihrem Thun, sie hörten ihn nicht. Es ging alles wie aufs Commando: „Eins! . . . Zwei! . . . Drei! . . .“ flogen die Steine auf die Läden und Thüren, zerklüfteten die Scheiben. Jeder besonders gelungene Wurf entseelte ein hundertstimmiges Bravo.

Auf einmal rief einer: „Nach der Fabrik“, und der größte Theil wandte sich dorthin, nur wenige blieben vor dem Schlosse und zuhren fort, mit Knütteln und Steinen darnach zu werfen.

Das große Fabriksthor leistete nicht lange Widerstand. Hundert Arme stülpten an den Leisten, hundert Schultern stemmten sich gegen die Bretter! mit einem gewaltigen Krach fiel es nach innen. Die Menge drängte nach, in das Kesselhaus, den Saal der Spinner und die Säle der Weber. Und alles wurde hart und klein geschlagen, zertrümmert, zersplittert, zermalmt, vernichtet.

Es machte manchem eine wahnsinnige Freude, die Maschine in Trümmer zu schlagen, an die er so lange Jahre als Knecht gefesselt war. Der Krögis war ein ehemaliger Spinner; er war in die Maschine ge-

Gemach auf das Feld nachgeföhren werden könnte, in welchem die Umklebung stattfinden sollte, um die von einer Seite eingewandte Gefahr eines Dorrspectakels zu vermeiden, der voraussehen sei, wenn die Frauen in ihrer Verkleidung die Straßen passirten. Die Kosten dieser Einrichtung wurden weiter nicht erwogen."

Man kann über eine Frage, bei der es sich um die Gesundheit von Müttern handelt, die dabei Kinder zu ernähren haben, schon ernsthaft verhandeln, ohne daß man darum die behördlichen Vorkaläge praktisch zu finden braucht. Man sieht aus Obigem, wie die Industriellen und ihre Diener die behördliche Autorität gering anerkennen, wenn es sich um „Kosten“ handelt, während sie andererseits die Socialdemokratie stets wegen angeblicher Mißachtung der Autorität verfolgt wissen wollen!

Dieser ungeschickte Anwalt der Syndikate, der alle Ansprüche der Arbeiter, auch die mächtigsten, einfach zurückweisen und dabei die K. H. -Preise noch „bedeutend“ in die Höhe treiben will, zeigt uns so recht das Naturell der Syndikate. Sie bedeuten verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und der Consumenten überhaupt durch die „notleidenden“ Kohlenbarone und die nimmerstalten Actionäre.

Der Herr Director wird sein Theil dazu beitragen, den Bergleuten ihre Lage klar zu machen: er wird ihnen den Werth der Organisation wie mit feurigen Zungen einpauken, wenn sie keine Broschüre lesen. Er ist ein Agitator wider Willen und borgt unabsichtlich grade das, was er der Socialdemokratie zum Vorwurf macht. Die Wirkung dieser Broschüre wurde wir bald sehen.

Man sieht, daß die Profitgier und die Anmaßung der Capitalisten sich so wenig Grenzen ziehen lassen will, wie die der Agrarier. Allgemeine Zustände kümmern diese Herren gar nicht; Profit! Profit! ist ihr Ruf, gleichviel ob das Volk noch mehr in Noth kommt oder nicht.

Tausende hungern und frieren, und mitten im Winter will man die Kohlenpreise erhöhen, und zwar bedeutend!

O diese Bourgeois-Civilisation!

Der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes

hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Wer es unternimmt, im geschäftlichen Verkehr durch unrichtige Angaben tatsächlicher Art über Beschaffenheit oder Preisberechnung von Waaren und gewerblichen Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, über die Menge der Vorräthe oder den Anlaß zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waaren oder Leistungen gleicher Art herstellt oder in Verkehr bringt, und von Verbänden Gewerbetreibender geltend gemacht werden. Zur Sicherung des Anspruchs können einseitige Verfügungen erlassen werden, auch wenn die in den §§ 814 und 819 der Civilproceßordnung bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen. Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden

den Anspruch auf Ersatz des durch die unrichtigen Angaben verursachten Schadens gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte. Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind den Angaben tatsächlicher Art solche Veranlassungen gleich zu achten, die darauf berechnet und geeignet sind, derartige Angaben zu ersetzen.

§ 2. Wer es unternimmt, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen welche an einen größeren Kreis von Personen sich richten, durch wesentlich unwahre Angaben tatsächlicher Art über die Beschaffenheit oder die Preisberechnung von Waaren oder gewerbliche Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen oder den Anlaß zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 3. Durch Beschluß des Bundesraths kann bestimmt werden, daß gewisse Waaren im Einzelverkehr nur in bestimmten Mengen-Einheiten oder mit einer auf der Waare oder ihrer Aufmachung anzubringenden Angabe der Menge gewerbmäßig verkauft oder feingehalten werden dürfen. Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Bundesraths werden mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft bestraft.

§ 4. Wer über ein Erwerbsgeschäft, über die Person seines Inhabers, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Geschäfts oder seines Inhabers Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Ruf des Geschäfts oder den Credit des Inhabers zu schädigen, ist, sofern die Behauptungen nicht erwieslich wahr sind, dem Verletzten zum Erlaß des entstandenen Schadens verpflichtet. Auch kann der Verletzte den Anspruch geltend machen, daß die Wiederholung oder Verbreitung der Behauptung unterbleibe. Die Bestimmungen des ersten Absatzes finden keine Anwendung, sofern die Absicht, den Ruf des Geschäfts oder den Credit des Inhabers zu schädigen, bei dem Mittheilenden ausgeschlossen erscheint. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn er oder der Empfänger der Mittheilung an ihr ein berechtigtes Interesse hatte.

§ 5. Wer über ein Erwerbsgeschäft, über die Person seines Inhabers, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Geschäfts oder seines Inhabers wider besseres Wissen unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Ruf des Geschäfts zu schädigen, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

§ 6. Wer im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts in einer Weise benützt, welche darauf berechnet und geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts herbeizuführen, deren sich ein anderer befugterweise bedient, ist diesem zum Erlaß des Schadens verpflichtet. Auch kann der Verletzte auf Unterlassung der mißbräuchlichen Art der Benützung geltend gemacht werden.

§ 7. Wer Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes herabgehehrt worden sind, abhandelt oder sonst zugänglich gemacht sind, vor Ablauf von zwei Jahren seit Beendigung des Dienstverhältnisses zu Zwecken des Wettbewerbes mit jenem Geschäftsbetriebe unbekannt an andere mittheilt oder anderweit verwerthet, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

§ 8. Wer es unternimmt, einen anderen zu einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 7 zu verleiten, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 9. In den Fällen der §§ 1, 2, 3, 4 und 5 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wird in den Fällen des § 2 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Wird in den Fällen des § 5 auf Strafe er-

kannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung innerhalb bestimmter Frist auf Kosten des Verurtheilten bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung ist im Urtheil zu bestimmen. Neben einer nach Maßgabe dieses Gesetzes verhängten Strafe kann auf Verlangen des Verletzten auf eine an ihn zu erlegenden Buße bis zum Betrage von 10,000 Mark erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner. Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 10. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgerichte zugewiesen.

§ 11. Wer im Inland eine Hauptniederlassung nicht besitzt, hat auf den Schutz dieses Gesetzes nur insoweit Anspruch, als in dem Staat, in welchem seine Hauptniederlassung sich befindet, nach einer im Reichsgesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung deutsche Gewerbetreibende einen entsprechenden Schutz genießen.

§ 12. Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.

Politische Rundschau. Deutschland.

— Umsturzvorlage und Criminalstatistik. Nach den vorläufigen Mittheilungen, die das Kaiserliche Statistische Amt im neuesten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht, betrug im Jahre 1893 die Zahl der Verurtheilten wegen

- Öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze u. oder zu strafbaren Handlungen (§§ 110, 111) 70,
- Aufforderung von Militärpersonen zum Ungehorsam (§ 126) 33,
- Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten (§ 130) 38,
- Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und obrigkeitlichen Anordnungen (§ 131) 7.

Es sind dies Delict, auf die es die Umsturzvorlage besonders stark abgesehen hat. Es erhebt sich daraus, daß auf Grund der bestehenden Gesetzgebung schon jetzt Verurtheilungen in nicht unbedeutender Zahl möglich sind. Dem bemerkenswerth ist die Zahl der Verurtheilungen wegen „Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten“, insofern, als man unterher eigentlich nie gehört hat, daß in Folge solcher Anreizungen thatsächlich Gewaltthatigkeiten stattgefunden haben. Dies würde eher für eine Einschränkung des § 130, als für eine Erweiterung desselben sprechen, wie sie von der Umsturzvorlage beabsichtigt wird.

Wegen Majestätsbeleidigung sind im Jahre 1893 in Deutschland beinahe 600 Personen (591) verurtheilt worden, trotzdem bereits im Jahre zuvor 525 Personen wegen des gleichen Delicts verurtheilt worden waren! Dies beweist, daß die zum Theil recht hohen Strafen nicht in dem vorausgesetzten Maße abschreckend gewirkt haben, daß mithin Strafparagraphen ein sehr wenig geeignetes Mittel sind, monarchische Gesinnung hervorzurufen da, wo sie nicht vorhanden ist. Die Umsturzvorlage würde daher auch auf diesem Gebiete schwerlich irgend welchen Erfolg zu zeitigen vermögen.

kommen und hatte dabei den linken Arm verloren. In der rechten Hand schwing er einen schweren Hammer und schlägt damit auf alles los, was er erreichen kann. Er kam auch zu der Maschine, durch welche er verunglückt, und schrie sie an, als wäre sie ein Mensch: „Du, siehst Du, das Blatt hat sich gewendet. Wo hast Du meinen Arm, Du Hünd? . . . Ausgeschissen hast Du ihn mir. Hal Da nimm! Das ist für den Arm, Du Sabel! So, hast Du jetzt genug? Nein? Na warte, ich werde ich Dir heißen.“

Und während er dies mit rollenden Augen herausschrie, schlug er mit dem Hammer wie tollend auf die Maschine, daß die Eisenheile nach allen Seiten flogen. In alle Richtungen, in alle Ecken und Winkel drangen die Leute. Aus der Dachkammer waren sie die Bündel Eisen, Säcke Zeug in den Hofraum hinaus. Die Unterstehenden saßen es an, balgten und rannten sich darum. Männer wickelten sich in die grellen, buntfarbigen Baumwollstoffe.

In der Mitte des Fabrihofes, dort, wo sonst die Node hing — sie lag jetzt in Stücken am Boden, einer hatte sie mit einem Hammer in Arbeit genommen — brannte ein großes Feuer, in das man alle Holzstücke der Maschinen, Beschläge und Haiseln warf. Silber und Silbermaschinen saßen einander an den Säulen und wippen herum eines Klängehören.

Da schrie einer, der aus der obersten Ecke des Daches seine Nase herausgesteckt hatte, aufsprall auf, Rabene lauter klang, um zu sehen, was es gibe. Auf den Stiegen erklang ein Getrappel, ein eifriges

Ein- und Herrennren. Die Ursache ist: sie auch der Gruppe in Hofe mit. Auf einmal schrie jemand: „Die Draconer kommen!“

Es war kein Bloßes mehr; sie lie in die Fabrik gedrungen, schrien sie lauter, über Hals und Kopf, einer da anderes weg- und niederstößend. Es war zu spät. Den aus der Fabrik Draconerommenden kamen die vom Schlosse entzogen mit dem Geschrei: „Rette sich, wer kann, die Draconer sind da!“

Und in der That hörte man das Klappern der Pferdehufe auf dem Ringelsteinpflaster des Hofes. Die Reiter sah man nicht, die Rauch war schon herangekommen; nur hier und da, an der Straßenseite, vor dem Laden des Apothekers, vor einem Gasthause zitterte das Licht einer Petroleumlampe.

Die wiedererwachte Menge wählte sich durch das Gäßchen, um in's Freie zu gelangen. Da ertönten auch auf der Straße die schrecklichen Geschreie:

„Zurück! Zurück! die Draconer!“ schrien die Draconer. Die Reiter aber hatten die Reife nicht verlassen und drängten noch immer nach vorwärts, ein wüthendes, tobendes Räudel. Da traten von zwei Seiten die Reiter heran.

Dreimal befaß der Offizier den Boden, sie sollten auseinander gehen; sie thaten es nicht, konnten es nicht. Da sahen die Reiternden Reiter aus den Schreien, hinten ging's in die Menge. Ein Jammergeschrei erklang über die Luft. Wie im tobenden Gange die Schellen durcheinander geworfen werden, so schrien

der Anprall der Draconer die vor Furts fast unmerkliche Volksmenge. Der Platz riefen wie aefegt.

Nur auf der großen Treppe standen einige Personen, da unter Oyls. Der Anführer der Draconer wandte sich an Oyla und fragte ihn, wer er sei. Als Paul seinen Namen genannt, legte sich von rückwärts eine Hand auf seine Schulter. Er wandte sich und sah in das schlaue Gesicht eines Geheimpolitisten. Und ohne ein Wort zu sprechen, folgte er ihm.

Soilar's Einstuß in der Partei mußte von Tag zu Tag; er und mit ihm die Fraction der Radikalen erhielten Oberwasser, seitdem Oyla von der politischen Bühne verschunden. Mit el zum Zweite wurde ihm die Organisation, welche er aus Spanien mitgebracht und einem Theil der Partei gegeben hatte.

Als Schützen standen ihm zur Seite ein verbissener tschechischer Frau ralmacher, Ben, l Zap ethal, und ein Tischler, Josef Au. Soilar nun sein Werk und freute sich. Auch in der Mitte der Vertrauensmänner hatte Soilar seinen Ideen Befehl er zuzuföhren gesucht. Schwarz hielt er mit der Drohung nieder, er werde es der Partei verkünden, welche Route seine Tochter gepfeilt hätte.

Holly stand ganz auf seiner Seite; er hatte den ehrsüchtigen Schützler vorgeredet, er werde ihn später zum Re actor machen; müßig werde er, Soilar, erst diesen Platz einzunehmen müssen, um den „Wunderbeutel“ von einem Oyla zu verdrängen, der zum Schaden der Partei sich dieses Amt angemaßt. (Fortf. folgt.)

Zur Begründung ihrer Angriffe auf die Unverlethlichkeit der Volksvertretung hat sich bekanntlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fälschlich auf Hermann Schulze berufen. Durch Vorlegung urkundlichen Materials ist nun, wie die „Bosn. Btg.“ bemerkt, inzwischen der Beweis geliefert worden, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Artikel nicht in der Form veröffentlicht hat, in der er ihr zugegangen war. Für die im Druck vorliegende Fassung des Artikels ist daher allein die Redaction der „Nordd. Allg. Btg.“ verantwortlich. — Herr Benedix, der Verfasser des Artikels, hat also nicht gefälscht, die „Nordd. Allg. Btg.“ ist aber urkundlich als Fälscherin angesetzt.

Die Frauen und die Vereinsgesetze. Zur Veröffentlichung geht dem „Vorwärts“ eine Petition deutscher Frauen aller Klassen und aller Parteien zu, betreffs Aenderung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze. Die Frauen Sauer, Gerhard und von Gyzdt richten an alle deutschen Frauen die Bitte, die folgende Petition zu unterzeichnen und für die Sammlung weiterer Unterschriften Sorge zu tragen:

Einem hohen Reichstage unterbreiten die Unterzeichneten nachstehende Petition zur geneigten Berücksichtigung.

Die Vereinsgesetze der meisten deutschen Bundesstaaten halten Bestimmungen, welche die Theilnahme der Frauen an politischen Vereinen verbieten und den Besuch von politischen Versammlungen erschweren. Dieser Zustand ist in doppelter Hinsicht ein bedauerlicher,

1. im Interesse der Frauen,
2. im Interesse der Gesamtheit.

Im Interesse der Frauen, insofern er deren geistige Entwicklung im allgemeinen und besonders in Bezug auf politische Einsicht hemmt, ferner und vor allem aber, indem er den Frauen — da sie von dem activen, wie passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind — die letzte Möglichkeit nimmt, in einer auf die Gesetzgebung wirksamen Weise für ihre eigenen Interessen einzutreten. Daß eine solche Vertretung ihrer Sache durch sie selbst aber dringend geboten ist, beweist die bisherige Gesetzgebung, z. B. in Bezug auf die Stillschließungsfrage, zur Genüge.

Im Interesse der Gesamtheit, insofern die Erziehung der Kinder den Frauen in den meisten Fällen obliegt, durch die Zusammenhanglosigkeit des weiblichen Geschlechts mit dem öffentlichen Leben in ihm der sociale Sinn aber naturgemäß verflümmert und der von ihm geübte Einfluß ein entsprechender, von dem Blick auf die Gesamtheit ablenkender ist.

Mit Hinweis auf diese beiden Gesichtspunkte bitten wir, ein hoher Reichstag wolle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen um eine Gesetzesvorlage richten, durch welche die Beschränkungen des weiblichen Geschlechts in den Vereinsgesetzen der deutschen Bundesstaaten aufgehoben werden.

Das was in dieser Petition gefordert wird, ist eine alte Forderung der Socialdemokratie, für die unseres Erachtens noch weit mehr Gründe, als vorstehend mitgeteilt sind, beigebracht werden könnten und sollten. Warum wird nicht auch auf die Stellung der Frau in der Industrie hingewiesen? Im übrigen wünschen wir der Petition den besten Erfolg, versprechen uns aber keinen von derselben.

Nicht bloß in Preußen, sondern auch in Sachsen und in der freien und Hansestadt Hamburg ist der geheime Erlaß betreffs der Ueberwachung der Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage ergangen.

Sieht Crispi in Deutschland unter dem Schutz der Polizei? Der italienische Ministerpräsident „Grenmann“ Crispi erfreut sich des besonderen Schutzes der Polizeibehörde in der deutschen Stadt Leipzig (Königreich Sachsen). In einer Versammlung des socialdemokratischen Vereins für Leipzig-Ost wurde einem Redner wiederholt das Wort entzogen. Auf eingelegte Beschwerde hat die Polizeidirection entschieden, daß der Beamte recht gehandelt habe, die Wortenziehung rechtfertige sich, da der Redner in folgenden Ausführungen Crispi und noch einige Andere beleidigt habe:

„Crispi sei ein gewaltthätiger Mensch und schlau und verschlagen wie Raquel. Die Regierung habe weiter nichts getan, als die Arbeiter durch Ausnahmegesetze geübelt. Ein Italiener habe dagegen erklärt, daß mit Ausnahmegesetzen jeder Staat regieren könne. Daß vor Ausnahmegesetzen die herrschende Klasse mehr Furcht habe als die Arbeiterklasse, das habe das Verbot der Pantheon-Versammlung gezeigt.“

Die Wortenziehung im zweiten Falle ist erfolgt, als der Redner geäußert hat:

„Es frage sich nur, ob die Commissionsmitglieder eben solche Schäfte seien, wie Crispi ein Schuft sei.“

Wie wird sich Crispi über die aufmerksamen Leipziger Polizei freuen.

Der „Fall Linnert“. Zur Disciplinierung des Lehrers Linnert in Nürnberg, der von der Kreisregierung im vorigen Jahre mit einem Jahr Dienstenthebung und Bezahung seines Stellvertreters wegen Äußerungen über den König Ludwig von Bayern

bestraft worden war, hat das bayerische Kultusministerium jetzt einen Bescheid erlassen, welcher zwar die Bestrafung durch die Kreisregierung gutheißt, jedoch zugleich verfügt, daß Linnert vom 15. Januar ab wieder angestellt werden soll. Gleichzeitig aber hat, wie die „Freisinnige Zeitung“ meldet, der Kultusminister die Suspension als selbständige Disciplinarstrafe für das Lehrpersonal an den Volksschulen aufgehoben und entschieden, daß diese künftig nur noch als vorläufige administrative Maßnahme in Betracht kommen darf. Dem Lehrer Linnert sind danach fünf Monate von seiner Suspension erlassen worden.

Ministerpräsident und anderweitiger Minister hätte schon Herr von Levezow, wie die „Frankf. Btg.“ mittheilt, werden können; er habe aber alle Anträge dieser Art abgewiesen.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages tritt Freitag zusammen, auf der Tagesordnung steht die Regelung der Priorität gleichzeitig eingebrachter Initiativanträge. Darüber, wann sich die Commission mit der Ausdehnung der Nachbefugnisse des Präsidenten befassen soll, steht noch nichts fest.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein politischer Analphabet. Die liberale Presse schwimmt in Wonne und Entzücken; sie hat einen katholischen Theologen gefunden, den Rector der Wiener Universität, der so naiv war, den Phlosemiten im Kampfe mit den Antisemiten des niederösterreichischen Landtages die Raketen aus dem Feuer zu holen. Als die Antisemiten ihm deshalb Vorwürfe machten und darauf hinwiesen, daß es ihnen zu verbanken sei, wenn die vor einem Jahrzehnt noch leeren Kirchen heute wieder voll geworden seien, legte er das Geständniß einer schönen Seele ab: „Ich habe seit zehn Jahren keine politische Zeitung gelesen.“ Das ist gewiß sehr heiter. Aber trauriger sieht die Geschichte aus, wenn man daran denkt, daß dieses politische Wickelund bei einem eventuellen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts seine Stimme in die Waagschale werfen darf. Wahrscheinlich würde Herr Professor Müllner, der politische Analphabet, gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen mit der Begründung: „Die Arbeiter sind politisch noch nicht reif genug.“

Den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts haben im böhmischen Landtage 25 von 92 Landtagsabgeordneten gestellt.

Zur ungarischen Ministerkrise. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Januar theilte W. Ferle mit, daß die Bildung des Cabinets noch nicht beendet sei. Das Haus vertagte sich, bis das Cabinet gebildet ist. Die äußerste Linke kündigte, wie weiter gemeldet wird, eine Kritik des ganzen Krisenverlaufes an, welcher mit den konstitutionellen Begriffen der Volksvertretung im Widerspruch stehe.

„Ungarische Freiheit“! Der in Hamburg erscheinende Zeitschrift „Deutschnationale Warte“ wurde, wie der „Wiener Arbeiterztg.“ gemeldet wird, wegen staatsfeindlicher Tendenzen, der Postbesitz für Ungarn entzogen.

Schweiz.

Internationale Polizeispitzerei. Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Es liegen Anzeichen vor, daß die internationale Polizeispitzerei in der Schweiz demnächst specielle Operationen vornimmt, zur Unterdrückung der deutschen Umsturzvorlage. Seit einigen Wochen ist von London einer der berüchtigsten Spitzel und Dynamit-Anarchisten nach Zürich überfiedelt, der ehemalige Bandagist Rielen aus Elve; Rielen ist überall zu Hause; er hat in seiner politisch-polizisthen Thätigkeit Holland, Belgien, Frankreich, England und Italien besucht und es verstanden, sich in das Vertrauen der dortigen Anarchisten zu setzen. Der Polizei-Anarchist Rielen versteht sich aber in seiner freien Zeit auch auf das Geschäft. In London liete er längere Zeit eine Schwindler- und Schwarzkäufers-Bande auf Butter, Wein, Honig, Geflügel zc. und sitzen verschiedene seiner Complicen im Zuchthaus, er selbst verstand es, sich dem Arm der Gerichte zu entziehen.

Daß er sich auf Diebereien versteht, bewies Rielen bereits 1891 im deutschen Verein in Genf, wofelbst er sich als Belocpeddieb auszeichnete. In der Mitte der achtziger Jahre war Rielen in Aresfeld und Hagen thätig, er wird also auch vielen unserer rheinisch-westfälischen Genossen aus jener Zeit bekannt sein.

Rielen sieht im Alter von 35—40 Jahren, er ist krapp mittelgroß, schlau und blond. Er spricht sehr

gewandt und versteht geläufig englisch, französisch und holländisch zu sprechen. Unsere Schweizer Genossen und speciell die Züricher, mögen vor ihm auf der Hut sein. Rielen hat auch den Aufenthalt des Anarchisten Meunier, der sich als Flüchtling in London aufhielt, benuncirt, worauf England diesen an Frankreich auslieferte.

Italien.

Die Bergendung von Menschenleben im Interesse eines wahnsinnigen Colonialabenteurers wird fortgesetzt. Wie die Zeitungen mittheilen, sollen am 16. d. Mts. 16 Offiziere und 600 Mann in Neapel nach Grythraea (Ostafrika) eingeschifft werden, um die bei den afrikanischen Truppen durch Verabschiebungen in den letzten Monaten entstandenen Lücken auszufüllen. Der „Riforma“ zufolge ist in den von General Baratieri täglich eingegangenen Berichten nichts enthalten, was auf unmittelbar bevorstehende Feindseligkeiten der Derwische hinweist.

Ein französischer Journalist ist aus Rom ausgewiesen worden; die bei ihm beschlagnahmten Papiere sollen beweisen haben, daß die Fehde gegen Crispi von Paris und dem französischen Botschafter in Rom unterstützt würde. Crispi sucht die chauvinistischen Instinkte zu wecken, um seine Schandthaten zu vertuschen.

Belgien.

Das Congostaatsspiel soll dem ehrgeizigen König der Belgier 40 Millionen Franken (32 Millionen Mark) gekostet haben und damit die verelendeten belgischen Arbeiter die weiteren Kosten bezahlen sollen, will der ebedelmütige Monarch allerhöchst geruhen, den Congostaat an Belgien abzutreten.

Zur Behandlung socialistischer Soldaten. Unser Bruderblatt „Peuple“ veröffentlicht einen aufsehenerregenden Brief mit der Unterschrift mehrerer socialistischer Soldaten, in dem diese sich über die schlechte Behandlung seitens der Genieofficiere beklagen.

Die Sicherheitspolizei von Brüssel ist von der Schweizer Polizei benachrichtigt worden, daß eine Anzahl „gefährlicher Anarchisten“, die aus der Schweiz ausgewiesen seien, sich nach Belgien begeben hätten. Die Anarchisten sollen an der Grenze aufgehalten und sofort ausgeliefert werden.

Rußland.

Soldatenbehandlung. Die ganze fünfte Compagnie des im Dössaer Militärbezirk garnisonirenden 11. Sappeurbataillons stand kürzlich vor dem Kriegsgerichte zu Odesja unter der Beschuldigung der Insubordination. In der russischen Kriegsgerichtlichen Chronik steht ein derartiger Fall ziemlich vereinzelt da. Die Compagnie verweigerte ihrem Commandanten, Capitän Janyshewskij, jedweden Gehorsam und verharrete in ihrer rebellirenden Stellung sogar Angesichts des Chefs des Bataillons, Oberst Malyski, der herbeigeholt war, um die Ordnung wieder herzustellen. Als Ursache dieser Insubordination bezeichneten sämtliche Angelegten, 88 Mann, die unmenschliche Behandlung, welche sie von ihrem Commandanten erdulden mußten. Außerdem habe Capitän Janyshewskij die an die Soldaten gedendeten Gelbbriefe monatlang zurückgehalten und manchmal sogar unterschlagen. Durch Zeugenaussagen wurden zwar die Angaben der Soldaten bestätigt, aber dennoch endete der Proceß, wie die „Nowoje Wremja“ meldet, mit der Verurteilung sämtlicher Angelegten zu zwei Jahren Zuchthaus. — Derlei kommt natürlich nur in Rußland vor!

Schweden.

Bollerhöhung. Die schwedische Regierung hat beschlossen, vom 7. Januar ab den Zoll auf ungemahlenes Getreide auf 215, den auf gemahlenes Getreide auf 850 Ders pro 100 Kilogramm zu erhöhen.

Japan.

Der japanische Landtag hat am 9. Januar wieder zu tagen begonnen.

Parteiangelegenheiten.

Gegen die Umsturzvorlage. In einer Partei-Versammlung in Bielefeld sprach Genosse Hoffmann über die Umsturzvorlage unter großem Beifall der Versammlung. — In Solingen sprach in einer sehr hart besuchten Versammlung der Reichstagsabgeordnete Schumacher über die Umsturzvorlage. Nach dem Vortrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution gegen die Umsturzvorlage angenommen.

Weitere Versammlungen mit dem gleichen Thema wurden abgehalten in Gumborn, wo Genosse v. Elm referirte und in Hünneberg, wo Genosse Fischer-Parburg sprach. In beiden Versammlungen wurden energische Protest-Resolutionen gegen das geplante Attentat auf die kaiserlichen Reichsstände angenommen.

Drei Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage fanden Montag Abend im Wahlkreise Magdeburg statt. In den Versammlungen, die außerordentlich gut besucht waren, referierten die Genossen Reichstagsabgeordneter Schmidt, Wilhelm Fleck und Baumüller. Die Versammlungen, in denen eine noch nie dagewesene Begeisterung herrschte, nahmen einstimmig Resolutionen an, in welchen mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch protestiert wird, die wenigen Rechte und Freiheiten des Volkes noch mehr zu beschneiden. Die Umsturzvorlage zeige die geistige Verkommenheit der herrschenden Gesellschaft. Pflicht jedes Reichstagsabgeordneten, welcher sich als Volksvertreter fühlt, sei es, die Vorlage mit allem Nachdruck auf's Schärfste zu bekämpfen. — Im freisinnig-volksparteilichen Lager ist von einer Stellungnahme gegen das geplante Knebelgesetz nichts zu hören.

Von der Agitation. Die Agitationstour, welche Fräulein Schwenker aus Neuried gegenwärtig in Westfalen machte, ist unterbrochen worden, nachdem sie dreizehn öffentliche Volksversammlungen abgehalten hatte. Ihre Agitation galt besonders den Frauen. Die vorläufige Unterbrechung geschah aus dem Grunde, weil die Polizei alle in letzter Zeit angemeldeten Versammlungen auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes verbot.

Das Agitations-Comitee hat sofort eine zweite Agitationstour vorbereitet, die der Genosse Reinhardt aus Köln übernehmen wird. Dieser Genosse wird hauptsächlich die „Umsturzvorlage“ besprechen.

Aus der Hamburger Radoisenwache entlassen wurde am Montag Vormittag Genosse Heine, nachdem er dort fünf Monate lang Staatsquartier innegehabt hatte, die er sich als verantwortlicher Redacteur des „Ged.“ zuzog. Genosse Heine hat wie das „Ged.“ mittheilt, die 5 Monate gut überstanden und es ist zu hoffen, daß ihm durch die lange Sitzung kein dauernder Schaden an seiner Gesundheit erwachsen ist. Keineswegs dürfte aber seine Jugendlichkeit mit den heutigen Verhältnissen im „Redaktions“-Geschäft wachsen sein.

Unter dem neuesten Kurs wurde nach dem Beschuß des Parteivorstandes im Monat December insgesammt erkannt auf 4 Jahre 10 Monate 4 Wochen und 3 Tage Gefängnißstrafe und 2500 M. Geldstrafe.

Arbeiterbewegung.

Was geht vor? Auf die auch von uns wiedergegebenen Ausführungen des „Vorwärts“ unter obiger Überschrift erwidert die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Correspondenzblatt“ Folgendes:

Von dem Artikel, welchen der Genosse Sperta in Nr. 49 (14. December v. J.) im „Der Handhakenmacher“ veröffentlichte, hatten wir gleich nach dem Erscheinen Kenntnis. Da es das gute Recht des Verbandes der Handhakenmacher war, die Beirathung an die Generalcommission einzustellen (der Beschuß wurde auf der Generalversammlung vom 12 gegen 5 Stimmen gefaßt) und es ferner das gute Recht des Genossen Sperta ist, diesen Beschuß der Generalversammlung in seiner Weise zu begründen, so hielten wir es für überflüssig, auf diese seine Gründe eine Erwiderung zu geben. Der größere Theil der Ausführungen war nicht neu, sondern schon oft von anderer Seite gemacht worden, der letztere ist phantastisch, daß wir nicht annehmen konnten, er würde von irgend einer Seite ernst genommen werden. Da aber die Parteivorstände diese phantastischen Ausführungen wenigstens zum Theil ernst zu nehmen scheinen, wird es notwendig sein, kurz die Vorgänge zu erklären, welche dem Genossen Sperta Veranlassung geben, so geheimnißvoll zu schreiben. Die Generalcommission hielt im September v. J. Anträge bei den Parteivorständen bezüglich Abhaltung eines Gewerkschaftscongresses im Jahre 1895. Es wurde unterrichtet ein Congress für überflüssig gehalten, wenn er sich nur mit dem Beschuß der Generalcommission und der Organisationsfrage beschäftigen sollte. Wir schlugen deshalb vor, auf einem Gewerkschaftscongress auch die Vereinsgesetzgebung, Arbeiterausgesetzgebung, das Jahrbuchredaction und die Unfallversicherung und Unfallversicherung zu besprechen, oder von Einberufung eines Gewerkschaftscongresses Abstand zu nehmen. Einer weitläufigen Erklärung unseres Vortrages bedarf es nicht. Die Parteivorstände konnten sich unmöglich so eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, wie dies für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig ist. Da nun vorausgesetzt war, daß unsere Vortragslage zu einer weitgehenden Discussion führen würden und Rechnungserklärungen herauskommen konnten, welche den Gewerkschaften nicht dienlich wären, so nahmen wir haben Abstand, dieselben in der Breite zur Discussion zu stellen, vielmehr wollten wir es in Erwägung bringen, wie die Vorstände der Gewerkschaften darüber denken und sich unter ihrer Meinung durch persönliche Umfragen zu erfahren. Da die Vorstände sehr gehaltener Meinung über unsere Vortragslage waren und in der Mehrzahl einen Congress für überflüssig hielten, so wurde unterrichtet die Sache fallen gelassen. Es lag aber kein Grund vor, jetzt nach Einberufung der Angelegenheit, dieselbe durch die Breite bekannt zu geben, weil, wie schon erwähnt, eine weite Discussion zwecklos war und für die Gewerkschaftsbewegung wenig von Nutzen sein konnte. Aus demselben Grunde hatten wir auch die Vorstände ersucht, die Sache nicht zu veröffentlichen. Ginge der Genosse Sperta, der Vorstandsmitglied im Handhakenmacherverband ist, sich durch unter Erklären nicht gebunden fühlen wollen, so wäre es besser gewesen, er hätte nicht Einwendungen gemacht, sondern die Sache so gelassen, wie sie ist, dann wäre der „Vorwärts“ jedenfalls zu seiner Sprache nicht verleitet worden.

Die Generalcommission.

Der Streit der Radoisenfabrik Stöper in Wien ist laut der Energie der Arbeiter trotz heftigen Widerstandes des Unternehmens günstig entschieden und die neuerrichteten Arbeiter eingeleitet, jedoch soll der Zugang noch immer versperrt werden.

Der Zustand der Radoisenfabrikarbeiter der Firma Stöper in Wien ist besorglich. Innerhalb einiger Tage wird ein Minimallohn festgesetzt werden. Lohnabhängige Arbeiter nicht bezogen. Die Vertheilung der Arbeit unter die Arbeiter soll in besonderer Weise geregelt werden.

Soziale Ueberfluth.

Für Nothstandarbeiten hat der Magistrat von Halle 20,000 Mark gefordert; die Finanzcommission hat sich im Princip für die Bewilligung der Summe ausgesprochen.

Weitere Forderungs-Einsparungen hat das städtische Budget in Aussicht genommen. Die Production soll eingeschränkt werden: für die Monate Januar, Februar, März 10 pCt., April, Mai, Juni und Juli 15 pCt., und August bis December 10 Procent. Feierschichten und Entlassungen werden also auch in diesem Jahre den Bergleuten blühen.

Glendstatistik. Seit dem vierzehnjährigen Bestande der Wärmestuben in Wien war der Andrang zu denselben kein so großer wie im heurigen Winter. Bis zum 5. d. M. wurden die Wärmestuben — innerhalb sieben Wochen — von 226,100 Personen (87,675 Männern, 63,925 Frauen und 74,497 Kindern) besucht. — Ob es angehenden Glend wirklich noch einen Menschen giebt, der mit der Phrase zu hantiren sich getraut: Wer nur arbeiten will, hat immer Brot und Obdach!

Was ein Menschenleben in Ungarn werth ist. Der „Globe“ berichtet: Für die Opfer der in den Gruben von Anina verbrannten Bergarbeiter hat die arme Gruben-Gesellschaft in Anina einen Bittelauftrag erlassen, um ihren Geldsack und ihr Gemüth zu entlasten. Zu einem Genossen in Geres-Temes kam eine 77 Jahre alte Greisin und bettete um ein Almosen. Auf Betragen erzählte sie unter Thränen, sie heiße Catharina Proschel und sei auf dem Wege von Anina nach Ungos, wo sie derzeit wohne. Sie habe ihren Sohn Eusebius Proschel, der beim Grubenunfall verbrannt ist, geliebt. Keine ihn aber nicht ändern, weil er überhaup nicht aufgehoben wurde. Dieser Sohn, der unversehrter war sei ihr einziger Ernährer gewesen und nunmehr habe sie niemand, der sie, da sie ganz arbeitsunfähig ist, unterstützen solle. Als Entschädigung für ihren toten Sohn erbat sie insgesammt 15 fl., weil ihr Sohn „nur“ sechs Jahre dem gearbeitet hat. Die künftigen Mütter erheben 20 fl., während man die Wittwen mit 60 fl. abfertigt. Das Leben eines Menschen wird also jetzt nach dem Betleben jener Dame durch deren Sohn für um's Leben tauchen. Somit kostet in Ungarn ein lediger Bergmann 15 fl., und jene, welche länger als sechs Jahre dort arbeiten 20 fl. und ein Verheiratheter 30 fl.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht.“)

Aus dem Reichstage. Die Redner, die zur Umsturzvorlage das Wort ergreifen, scheinen es nun unseren Genossen Auer gleich thun und ebenfalls recht Lange Reden halten zu wollen. Im heutigen dritten Verathungstage der Vorlage wurden nur zwei Reden von Mitgliedern des Hauses gehalten. Vorher gab es freilich noch ein kleines Intermezzo, eine Geschäftsordnungsdebatte, die von den Herren auf der Rechten provocirt war. Die Herren da drüben bemühen sich seit der bekannten Hochverzeigerungsaffäre eifriglich, gegen unsere Genossen persönlich Nachzuziehen. Sie wollten den Genossen Stadthagen gar zu gern zu einem noch angedehnterem Aufenthalt hinter den schweizerischen Gardien verpacken, als er schon durch die Fürsorge eines hochheiligen Staatsanwalts gezwungen ist und widertreibt sich durch den Mund des mecklenburgischen Ober-Landesgerichtsrath v. Buchla dem Antrag Auer, der die Einstellung eines gegen Stadthagen wegen einer geringfügigen Polizeibekleidung eröffneten Strafverfahrens verweigert. Der Reichstag beschloß im Sinne des Antrages Auer. Die Conservativen fanden nur bei denen von Stamm für ihren menschenverachtlichen Vorschlag Unterstützung. Darüber darf man sich ja nicht wundern, denn wer kann die Rede ihres Jagers Stamm zur Umsturzvorlage hören, der mag die Ueberzeugung gewinnen, daß sich in der Reichspartei die heftigste Reaction im ganzen Hause vertheilt. Gegen Herrn von Stamm ist ja die der Anwesenheitsliste Anwartschaft der wahren Reichspartei. König Stamm predigte die Gewalt, dagegen hat auch nicht seine einseitige Bemerkung am Saale der Discussion. Er wirft Socialdemokraten und Anarchisten in einen Topf und verlangt ein neues Socialstrafgesetz mit nur zwei Paragraphen. § 1. Alle Socialdemokraten verlieren das passive wie active Wahlrecht. § 2. Alle „Führer“ werden deportirt. Herr Stamm hielt sich als modernen Doctor Eisenhart auf und leitete die Verurteilung zu solcher Hatz und an der Anarchie her, daß eigentlich alle Socialdemokraten Verbrecher und Spione seien. Er wandert sich dann nach, weil auf der linken Seite kräftige Zwischenrufe folgen und der jetzt sehr nervös angelegte Präsident v. Lepow schimpft mit Auer bevor, daß seine cynischen und pöbeln Anspielungen mit den ihnen geschuldeten Ausdrücken gekennzeichnet werden. In dem junatlichen Kampfe, den König Stamm mit Auer, was nur einmal mit dem Socialismus etwas gemein hat, kommt er auch die evangelischen Geistlichen vom Schlosse des Herrers Rumors und die christlichen Arbeitervereine nicht. Man mag es ihn lassen, darin ist er consequent.

Insam Reichstag war der Generalcommissar Stöber, der, um seine Opposition gegen die Vorlage, zu mildern,

mit heftigen Ausfällen gegen unsere Partei begann. Die Rede war vom christlich-katholischen Standpunkt recht geschickt. Besonders schlecht kommen „freie Wissenschaft“ und die deutschen Professoren dabei fort. Herr Grober empfahl eine Commission von 28 Mitgliedern und versprach die Vorlage gewissenhaft zu prüfen. Ihr Schicksal ist damit noch nicht entschieden und aus der Rede der Centrumpartei war deutlich zu entnehmen, daß die Regierung von dieser Partei gar Manches herauszuschlagen kann, wenn sie nur gewisse kirchenpolitische Concessionen macht. Während der Rede des Herrn Grober verschwanden alle Bundesratsmitglieder nur Herr Nieberding blieb zurück und hielt schließlich noch eine kurze Rede ohne Inhalt. — Es ist bezeichnend, daß man diesem doch untergeordneten Beamten schon zum 2. Male die Vertretung dieser so schwerwiegenden Vorlage überläßt. Wo bleibt Herr v. Köller? Wo Herr Schönstedt?

10. Sitzung.
Mittwoch, den 9. Januar.
Mittags 12^{1/4} Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Bronsart von Schellendorf, Marschall von Bieberstein, Schönstedt, Nieberding und Andere.

Erster Gegenstand der Verathung ist der schleunigste Antrag Auer und Genossen auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen.

Abg. v Buchka (cons.) bittet, den Antrag abzulehnen. Der Abgeordnete Stadthagen befindet sich bis zum 30. März in Strafhaft. Was könne bis dahin nicht Alles geschehen? Der Reichstag könne z. B. aufgelöst werden. Redner bekräftigt, daß sein Motiv etwa wäre, eine Stimme gegen die Umsturzvorlage unschädlich zu machen. Der § 31 der Verfassung könne nur dahin interpretirt werden, daß Strafverfahren gegen Abgeordnete nur dann einzustellen seien, wenn sich diese in der Möglichkeit befänden, ihr Mandat auszuüben, nicht aber wenn sie in Strafhaft seien.

Abg. Singer (Sociald.): Das Prinzip, das in unserem Antrag steckt, ist vom Reichstag bereits häufig anerkannt worden. Die conservative Partei habe diesem Prinzip selber zugestimmt, als es sich um Einstellung eines Strafverfahrens gegen Althardt handelte. Hier kommt freilich ein Socialdemokrat in Frage und da hört die Prinzipien-treue bei den Conservativen auf. Aber auch vergeblich sind die Herren, denn sie haben vor Weihnachten bereits einem Antrage auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen Stadthagen zugestimmt, der sich damals bereits in Haft befunden hat. Durch die fürsorgliche Thätigkeit des Staatsanwalts befinden sich z. B. drei socialdemokratische Abgeordnete in Haft und sind an der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert. Wir werden den Antrag auf Verhängung der Disciplinargewalt des Präsidenten erwidern mit einem Antrag auf Verstärkung der Rechte der Volksvertreter. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Mener (freij. Vereinig.): Der Antrag der Conservativen erweckt den Eindruck, als handle es sich bei ihnen hier nicht um sachliche, sondern um persönliche Gründe. Das Haus habe die Prinzipienfrage gegen den Sinn des Abgeordneten von Buchka entschieden, und er sei es sich selber schuldig, unter allen Umständen hierbei stehen zu bleiben. (Beifall links.)

Abg. Bachem (ultram.) schließt sich diesen Ausführungen an. In heutiger Zeit sei es bedenklicher denn je, zu künftlichen Interpretationen zu greifen. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Buchka bestreitet, daß persönliche Gründe für seine Haltung maßgebend seien. Auf den Fall Althardt behaupte er sich nicht. (Lachen links.) Jedenfalls sei ihnen Althardt nicht lieber als Stadthagen. (Heiterkeit und Zwischenrufe bei den Socialdemokraten.)

Präsident v. Lepow: Ich muß mir die Zwischenrufe verheihen. Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus setzt die Verathung der Umsturz-Vorlage fort.

Abg. Freih. v. Stamm (freicon.): Die Rede des Abg. Auer war nicht nur lang, sondern auch langweilig. Zimmerlein verdient sie als officielle Parteidrede Beachtung. Ein großer Widerspruch ist in ihr vorhanden. Einmal sagt Herr Auer: Wir sind die Aiten geblieben, und dann wieder schildert er die Socialdemokraten als ganz harmlos, behauptet er, daß sie nicht darauf dächten, Barricaden zu bauen. In Wirklichkeit hat aber die Socialdemokratie ihren alten revolutionären Charakter nicht verloren, bereitet sie nach wie vor Alles auf den großen Kladderadatsch vor. Redner citirt Karl Marx, den „Gründer“ der Socialdemokratie, der von der Dictatur des Proletariats gesprochen habe, und Stellen aus der im Jahre 1871 erschienenen Broschüre „Die soziale Revolution“ über den Parlamentarismus. Die socialdemokratische Presse greift in der rohesten Weise Alles an, was uns heilig ist. (Lachen links.) Als politische Partei kann ich sie außerhalb des Hauses nicht anerkennen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Hoffnung, daß sich die Socialdemokratie nach Fortfall des Socialstrafgesetzes zu einer radikalen Reformpartei entwickeln würde, hat sich nicht verwirklicht. Der Abg. Auer jagte Rajeitätsbeleidigungen und Unsitlichkeiten kamen auch in der Bourgeoisie vor. Gewiß, aber wir verurtheilen sie und schließen die Schuldigen aus unserm Kreise aus. Die Socialdemokratie aber erhebt diese Verbrechen zum Prinzip. „Hut! hut!“ bei den Socialdemokraten. Die Sittlichkeit der „freien Liebe“ gegen Sie (zu den Socialdemokraten) an Stelle der Heiligkeit der Ehe; die „Sittlichkeit“ des Hasses an Stelle der Nächstenliebe. Die „Sittlichkeit“ des Neides an Stelle der Majestät des Gides. „Hut! hut!“ bei den Socialdem. Hat doch der Abg. Auer gekört selber gesagt: Ich habe immer noch mein Eidechen gefunden. Der Arbeiter braucht keine Ehe. (Große Lachen; Zwischenrufe bei den

Sozialdemokraten. Präsident von Lebedow die Zwischen- rufe fangen schon wieder an, ich bitte dringend, sie zu unter- lassen.) Bebel hat erklärt, er sei Atheist, Socialist und Republikaner. Und vor Weihnachten sagte er: Wenn im Reichstag der Eid auf die Verfassung eingebracht würde, werde er ihn ruhig leisten. Ist das nicht eine zynische Verherrlichung des Meinesdes? (Große Unruhe links. Rufe: Zur Ordnung!) Die Socialdemokratie hat den Anarchismus geboren, dessen Entstehung unmdglich gewesen wäre, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. (Lachen links)

Es ist ein Wunder, daß bei uns noch keine anarchischen Verbrechen größeren Umfangs vorgekommen sind. Es ist kein anarchisches Verbrechen verübt worden, das seitens der Socialdemokratie nicht beschönigt oder entschuldigt worden sei. Ich erinnere an die spanischen Verbrechen und daran, daß in Dresden der Genosse Schulze zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden ist, weil er die Ermordung Carnots verherrlicht hat. Most, Hasselmann, Reinsdorf waren Socialdemokraten, dazu kommt der berühmte Auer- bach, Hermann und Genossen, alles Anarchisten, die früher Socialdemokraten waren. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihren holländischen Genossen stehen? Der „Socialist“ steht doch der Socialdemokratie nahe. Ein Artikel desselben schließt: „Hoch die Socialdemokratie, hoch der internationale anarchische Socialismus.“ In einem Schriftenverzeichnis der „Neuen Zeit“ steht der „Socialist“ freundschaftlich neben dem „Vorwärts“ verzeichnet (Lachen links.) Ich habe hier den Kalender des „Vorwärts“ 1895, da sind alle Greuelthaten altrömischer Monarchen verzeichnet. Interessant ist auch eine Notiz aus dem December Bemühen von Bebel gez., das heißt doch wohl nicht anderes als geächtigt. (Große Heiterkeit.)

Mein, m. f. Sie waren Ihren Zusammenhang mit dem Anarchismus nicht verliert. Sie stellen sich nur jetzt harmlos, weil Sie vor der Umsturzvorlage heillose Angst haben. (Heiterkeit links.) Sie sind eine Partei der Gewalt, ich bin mir längst darüber klar, daß es im Kampfe mit der Socialdemokratie Gewalt gegen Gewalt heißen muß, daß geistige Waffen nichts nützen. Für mich war deshalb das alte Sozialisten- gesetz noch nicht scharf genug. Ich würde vorschlagen ein Gesetz mit dem § 1 (Singer ruft: Die Socialdemokraten werden todtschlagen. Der Präsident verbietet diese Zwischen- rufe). Abg. v. Stumm (fortfahrend): § 1. Den Social- demokraten und Anarchisten wird das active und passive Wahlrecht entzogen. (Großes Gelächter.) § 2. Alle Agita- toren und Führer werden ausgewiesen. (Lautes Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Die Socialdemokratie kann und muß vernichtet werden. Sie säet die Unzufriedenheit in dem mündlichen und erlangt nur dadurch ihre Macht. Die Social- demokratie kann mit ihrer Organisation schon als ein Staat im Staate betrachtet werden. Sie haben ihr wohl bezahltes Beamtenthum, sie treiben die Steuern ein, gewissermaßen wie jeder Finanzminister. Sie haben ihre eigene Polizei und Geheimpolizisten. Ja, es ist mir gesagt worden, daß in Berlin jedes Quadrat seinen eigenen Geheimpolizisten hatte, der die Bonfottlocale revidirte. Mit dem Bonfott treiben Sie es ja schon sehr weit. Nicht die Religion wird von Ihnen hohlpöndelt, der Geistliche bei Begräbnissen wird honfottirt. Schlimm sind die Arbeiter daran, die sich dieser Diktatur fügen müssen. Wer da die Hände in den Schooß legt, ist verantwortlich für die Ströme von Blut, die folgen werden. (Rebhafter Hu, hul links.) Ich habe jetzt den Grundsat verfolgt, socialdemokratische Arbeiter nicht zu be- schäftigen. Es erhebt sich ein großes Geschrei in der ganzen Presse. Ich sollte die Coalitionsfreiheit gebrochen haben. Ich habe vor 25 Jahren selbst für die Coalitionsfreiheit ge- stimmt. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Social- demokraten diese Freiheit nur bemühten, um die freien zu- findenden Arbeiter zu knebeln und die Arbeitgeber zu terrori- siren. Entsetzlich ist die Tyrannei der Socialdemokratie über die Arbeiter. Außerordentlich bedenklich ist das Cocettiren der sogenannten gebildeten Kreise mit der Socialdemokratie und der Revolution. Genau so war es vor der großen französischen Revolution. In Berlin hat sich ein völli- ger Anarchismus herausgebildet. Aus diesen Kreisen stammt auch die thörichte Redensart von dem berechtigten Kern der Socialdemokratie. Einen solchen Kern gibt es nicht. Alle Arbeiterschutzesetze sind ohne die Rithilfe der Socialdemokraten zu Stande gekommen. Man vergleiche die Zustände in meiner Fabrik oder in denen von Krupp, von Hül mit denen in socialdemokratischen Gründungen, in denen der socialdemokratischen Bäckereigenossenschaften, wo die Leiter mit den Kassen durchgehen. Auer warf uns mit den Juden in einen Topf. Es giebt Juden, vor denen ich alle Hochachtung habe, aber mit ihnen in ihrer Gesammtheit haben wir nichts zu thun. In keiner Fraction sitzen so viel Juden, wie bei den Socialdemokraten. Noch viel bedenklicher ist die Agitation eines Theiles der evangelischen Geistlichkeit. Das Blatt des Pastor Naumann in Frank- furt a M cocettirt nicht nur, nein, cooperirt direct mit den Socialdemokraten. Der Abg. Bollmar wird darin direct glorificirt, es wird nur bedauert, daß er kein Christ ist. Das ist gefährlicher wie der Cathedersocialismus, er wendet sich nur an urtheilsfähige Leute, das Blatt aber an die urtheilslose Menge. Wenn die evangelischen Arbeitervereine von diesem Geiste durchdrängt sind, marschiren sie direct ins socialdemokratische Lager. (Sehr richtig rechts.) Hier in Berlin wird unter den Augen der Polizei ein Stück wie „Die Weber“ ausge- führt, das in New-York verboten ist. Die Socialdemokratie wird hier im Reichstag noch immer mit Glacehandschuhen angefaßt, obwohl sie uns mit ihrer Obstructionspolitik ge- radegu verhöhnt, obwohl Bebel es hier wagen kann, die ruhmvollste deutsche Nation eine Bedientenation zu nennen. Glaubt das so weiter, so wird das deutsche Bürgerthum mit einem gewaltigen Stuch zur Selbsthilfe schreiten. (Gelächter links.) Ich begrüße die Vorlage als ersten Schritt, ich begrüße sie, weil sie die Illusion zerstört, als wolle die Re- gierung mit der Socialdemokratie paktiren. (Lachen links.) Die Führer der Socialdemokratie sind allerdings bückbückige Bourgeois geworden, aber ich halte den, der den Dolch schließt, für ebenso gefährlich, wie den, der ihn gebraucht. Die Vorlage ist das Minimum des Nothwendigen. Am besten wäre ein neues Ausnahmengesetz. (Lachen links.) Hat man das Ausnahmengesetz gegen die Arbeitgeber in der Novelle zur Gewerbeordnung geschaffen. (Großes Gelächter links.) Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, kann werden sich in

Wälde viel schärfere Maßregeln mit elementarer Gewalt durchsetzen, wogegen diese Vorlage ein wahres Kinderspiel sein wird. Dann wird eine wirkliche Reaction hereinbrechen, die ich nicht will, wofür aber diejenigen verantwortlich sind die diesen milden Maßregeln (Stürmische Heiterkeit links) nicht zustimmen wollen. Jeder Staat muß sonst zu Grunde gehen. Unser Grundsatz aber ist: „us proli- suprema ex esto.“ (Rebhafter Beifall rechts; Lachen links.)

Präsident von Lebedow: Einen Ausdruck des Redners, den ich vorhin überhört habe, muß ich nachträglich als nicht zulässig bezeichnen. Es ist der Ausdruck „cynisch“, den er auf die Meinung eines Mitglieds dieses Hauses angewandt hat. — Von der linken Seite des Hauses sind fortwährend Zwischenrufe erfolgt, die unzulässig waren. So rief einer der Herren: „Gelogen“. Das ist eine grobe Ver- leugung der parlamentarischen Ordnung und guten Sitte. Das möge der Herr sich merken. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Centr.) Der Abgord. Auer hat sich gestern ganz auf den sanften Heinrich hingespült. Er hat so gethan, als sei er jetzt unter den wachsamsten Augen seiner weiblichen Hälfte (Heiterkeit) ein sanfter Speisbürger ge- worden. Er hat seine Partei hingestellt als eine Art radicale Volkspartei, er wollte uns glauben machen, seine Genossen seien die reinsten unschuldigen Kindlein, die der Herodes tödlen will, weil er unter ihnen den künftigen König von Juda, den Erlöser der Menschheit vernichtet. (Heiterkeit.) So liegt die Sache nicht. So harmlos sind Sie nicht geworden. Auch in Frankfurt handelte es sich bei Ihnen nicht um einen Prinzipienwechsel, sondern um einen Wechsel der Taktik. Ich freue mich Herrn v. Vollmar hier zu sehen, der uns vielleicht nähere Auskunft giebt. Ja, so so blüht können Sie sich die Sache nicht machen, so einfach ist der Beweis nicht für Sie, diese socialistisch-anarchistischen Schriften von Ihren Hochschöben abzuschüttelein. Wenn Sie so harmlos sind, wie Auer es dargestellt hat, wie können Sie dann glauben, daß diese Vorlage jemals auf Sie Anwendung finden könnte. (Sehr richtig rechts.) Herr Auer hat sich losgesagt von den bösen, schlimmen Leuten des Anarchismus. Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung der Arbeiterinteressen. Wo bleibt denn da die Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. (Sehr richtig rechts und im Centrum.) Herr Auer hat von der Spezialgesetzgebung so geringschäßig gesprochen. Sie hat doch auch den Arbeitgebern viel Lasten auferlegt besonders in heutiger Zeit, wo alle Erwerbszweige so darniederliegen! Seien Sie doch gerecht und erkennen Sie doch die Opfer der Arbeitgeber auch an. Was haben Sie (zu den Socialdemo- kraten) geleistet. All Ihre Arbeit ist nicht soviel werth, als eine barmherzige Schwester in einer Nacht leistet. Sie sammeln Gelder, aber nicht ein Pfennig fließt Wohltätigkeits- anstalten zu, dafür lassen sie das verlästerte Christenthum sorgen. (Bravo rechts und im Centrum.) Andererseits geht Herr von Stumm zu weit. Er spricht von Gewalt gegen Gewalt. Eine solche geistige Bewegung wie die Social- demokratie kann nicht mit Gewalt, sondern nur von innen heraus erdödet werden. Wir wollen, daß sich die Arbeiter als freie berechtigte Staatsbürger fühlen. Unsere Stellung- nahme ist in unserer früheren Haltung beim Sozialistengesetz begründet. Wir verwerfen alle Polizeimaßregeln, so lange nicht Einrichtungen getroffen werden, die die Zufriedenheit zu erhöhen geeignet sind. Wir werden die Vorlage vor- urtheilsfrei prüfen und sehen, ob sie sich auf dem Boden des gemeinen Rechts aufkommen läßt. Ich beantrage Namens meiner Parteifreunde die Vorlage an eine Com- mission von 28 Mitgliedern zu verweisen. Die Regierung wird dann das Material zur Begründung noch ergänzen müssen; bisher genügt es uns nicht. Wir werden die Vorlage mit der Voricht prüfen, die die dehn- baren Bestimmungen erfordert. Die Vorlage soll die Religion schützen. Warum behandelt man die ConfeSSIONen noch immer weiter unparitätisch. (Bravo.) Der Bundesrath hat die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes beschlossen, während die Männer des Umsturzes nach dem allgemeinen Recht bekämpft werden sollen. Das versteht das katholische Volk nicht. So lange solche Ausnahmengesetze bestehen, dürfen die Männer am Bundesrathstische sich nicht wundern, wenn wir ihren freund- lichsten Erklärungen nicht volles Vertrauen schenken und wenn wir mit eigentümlichen Gefühlen an eine Vorlage herangehen, die der Regierung neue Machtmittel verleiht. Was die Staatsanwälte und Gerichtshöfe in der Auslegung des Gesetzes leisten können, das haben wir Katholiken in den 70er Jahren erfahren. Und wenn die unbestimmten und dehnbaren Bestimmungen der Vorlage Gesetz werden sollten, dann werden ihre Schärfe alle diejenigen Parteien empfinden, die sich in Opposition gegen die jeweilig herrschende Richtung befinden. Vielleicht wäre es eine Sicherung, wenn die Delicte, die die Vorlage berührt, den Schwurgerichten oder Strasskammern, die durch Laien ergänzt sind, überwiesen werden. Redner geht zu einer Besprechung der Einzelheiten der Vorlage über. Bedenklich sind die Bestimmungen über die vorläufige Beschlagnahme der Zeitungen und Druck- schriften. Schon jetzt klagt man über eine verächtliche Behandlung der Presse durch Gerichte und Polizei. Was kann erst geschehen, wenn die neuen dehnbaren Bestimmungen Gesetz werden? Das Wort „Umsturzbestrebung“ bleibe ohne jede Definition im Entwurfe. Es werde eine Art Hochverrath zweiter Klasse construirt, der sich von dem im Strafgesetzbuch bereits genau formulirten Hochverrath durch seine Unbestimmtheit sehr unangenehm unterscheidet. Die angegriffenen Rechtsgüter würden sehr ungenau bezeichnet. Was gehörte nicht alles zur Staatsordnung? Alle nur denkbaren Hand- lungen würden getroffen werden können. Der Inter- pretationsstrich der Richter und Staatsanwälte wird Thür und Thor geöffnet. In welchen Schwierigkeiten wird der Richter erst kommen, wenn er den subjectiven Inhalt der Anklage feststellen, wenn er feststellen soll, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt hat, daß seine Handlung schließlich zur Anwendung von Gewalt beim Umsturz der Staats- ordnung führen müsse. Die Vorlage muß also klarer und präciser gefaßt werden. Ich weiß nicht, wie man die allge- meine Verpflichtung betonen und sich einbilden kann, das Ein- bringen socialistischer Ideen in die Armeen verhindern zu können. Die Vorlage legt außerordentlich bedenkliche Machtbefugnisse in die Hände der Militär-Richter. — Die Vorlage will das Anpreisen von Verbrechen verhindern, die je begangen worden sind, vor oder nach der Einfüh-

(Große Heiterkeit) von Erschaffung der Welt bis zum jüngsten Gericht, denn die Vorlage will auch die Anpreisung künftiger Verbrechen verhindern. Nun, vielleicht bleibt es dann künftig den Katholiken erpart, daß die Verdorenen eines schwedischen Eroberers von den Kanzen herab und an andern Orten als Heldenthaten gepriesen werden. (Bewegung. Sehr richtig links.) Wenn die Vor- lage schon im vorigen Jahre Gesetz gewesen wäre, würde auch der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf unter dieses Gesetz gefallen sein, der den Todtschlagversuch des Generals v. Kirchhoff hier mit Gründen der Offiziers-Ehre vertheidigt hat. (Heiterkeit.) Redner geht dann auf die Paragrappen ein, die von der Presse handeln. Er meint, man kann von einem Redacteur nicht verlangen, daß er, wenn er eine Nachricht erhält, bis in alle Einzelheiten auf die Richtigkeit hin Nachforschungen anstellt. Die Vorlage will Staats- einrichtung vor Beschimpfungen schützen. Jede scharfe Kritik kann als Beschimpfung aufgefaßt werden. (Sehr richtig links.) Wenn wir jede Kritik fern halten, führen wir eine Art Chinesenthum und eines üblen Tages wird das Glend um so jäh über uns hereinbrechen. (Bravo links.) Die Bestimmungen der Vorlage über die Religion sind gar nicht klar. Welche Religion ist gemeint die christliche oder die des Confucius, des Buddha oder des Egidh? (Große Heiterkeit.) Wie leicht kann eine solche Bestimmung umgangen werden? Man braucht sich bloß hüten, von der Religion im Allge- meinen zu sprechen, aber kann auf jede Religionsform im Besonderen schimpfen. Was ist Eigenthum? Die Juristen sind da sehr verschiedener Meinung. Den Richtern darf man nicht die Entscheidung allein überlassen. Wie verschiedene definiren nicht die einzelnen Nationalökonomien den Begriff Eigenthum. Das Privateigenthum ist nur eine historische Kategorie. (Sehr richtig links.) Was lehren die Professoren auf den Kathedern? Wenn man es den Leuten des ge- meinen Volkes verbietet, gewisse Ansichten auszusprechen, dann soll man auch gegen die freien deutschen Professoren vor- gehen. Aber die Wissenschaft, die freie Wissenschaft, bedarf des Schutzes nicht. Der Arbeiter, der sich emporgearbeitet hat, die Weisheit der Professoren verschlingt und dann ver- breitet, der ist nicht so schuldig, wie der Professor selber. (Beifall rechts und im Centrum.) Was ein Arbeiter sagt, ist lange nicht so gefährlich, als was ein Professor Hunderten junger wissenschaftlicher Studenten sagt. (Sehr richtig rechts und im Centrum.) Widerspruch links.) Redner verliest eine Blüthenlese von Aussprüchen deutscher Pro- fessoren, die sich fast alle auf die Religion beziehen. Der Staatssecretär wird sagen, solche Ausführungen sind den vor einem gebildeten Publikum nichts solange es nicht unten brennt, brauchen wir oben nicht zu löschen. Ich erwidere, die Ausführungen jener Herren bilden das Arsenal für die Socialdemokratie. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Sie können gar keine Schranke ziehen zwischen denen da oben und denen da unten: Sie können den Arbeitern nicht verbieten, das zu sagen, was auch die Professoren sagen. Der Socialdemokrat müßt hat gesagt in einer Versammlung, was ich hier aus- geführt habe, habe ich gelernt von den vom Staate be- soldeten Professoren. Die Vorlage halten wir aber trotzdem nicht für geeignet. Wir folgen der Parole für Religion, Sitte und Ordnung unbedingt, aber wir verlangen, daß uns nicht die Hände gebunden werden. Der katholischen Kirche müssen die Orden zurückgegeben werden, den Polen muß der Religionsunterricht in ihrer Mutterprache gegeben werden. Alle diese Gesetzesparagrappen werden uns nichts nützen, so lange nicht in das Volk christlicher Geist ein- gezogen ist. Die Lehren unserer Professoren sind dazu nicht geeignet. Woher kommt der Haß, die Erbitterung im Arbeiterkreise? Weil die besser situirten Kreise die Arbeiter sich selbst überlassen. Das Christenthum ist das Allheil- mittel. Es giebt kein Heil außer Jesus Christus. (Rebhafter Beifall durch Handeklatschen im Centrum.)

Staatssecretär des Reichsjustizamts Nieberding, (auf der Tribüne schwer verständlich): Ich glaube, wir würden uns mit dem Centrum verständigen können, nach der Rede des Vorredners ist es mir zweifelhaft geworden. Der Herr Vorredner will die Ziele der Vorlage nicht mit Gewalt erreichen, sondern im Wege der inneren Herzens- überzeugung. Er hat eine Scheidung in zwei Welten falsch ausgelegt, ich wollte keinen Gegensatz zwischen höheren Schichten der Gesellschaft und den niederen Schichten des Volkes machen; ich weiß sehr wohl, daß es auch in den unteren Schichten ordnungsliebende, auf dem Boden des Gesetzes stehende Leute giebt. Wenn der Vorredner sich so wenig Wirkung von der Vorlage verspricht, warum dann dieses große Aufgebot von Worten? Der Vorredner hat Namens seiner Partei die Bereitwilligkeit einer genauen Prüfung der Vorlage in einer Commission ausgesprochen und das allein läßt mich noch hoffen, daß wir dort bei ruhiger Aussprache doch eine Verständigung erzielen werden. Es liegt der Regierung fern, durch dieses Gesetz die öffent- liche Meinungsäußerung beschränken zu wollen. Sie will nur die Sicherung des Staates. Wenn Sie in der Commission bessere Vorschläge machen, als sie in der Vorlage enthalten sind, so sind wir gern bereit, uns ihnen anzuschließen. Wir wollen keine Bestimmung in die Vorlage hineinnehmen, die zu Strafen Veranlassung giebt, die dem allgemeinen Rechts- gefühl widersprechen. Redner sucht eine Anzahl von Ein- wendungen des Vorredners gegen die Vorlage zu widerlegen. Nachdem das Sozialistengesetz 12 Jahre lang in Praxis ge- wesen, sei der „Umsturz“ festgelegt. Selbst die Schweiz sei genöthigt gewesen, ein Gesetz gegen die Anarchisten zu er- lassen. In dem von dem Berner Professor Stöb. einem maßvollen und einsichtigen Mann, ausgearbeiteten Entwurf sei der Wortlaut über den „Umsturz“ genau so wie in der Vorlage. (Die weiteren Ausführungen des Redners gehen in der allgemeinen Unruhe zum größten Theil verloren.) Die Vorlage hat sich in so maßvollen Grenzen gehalten, daß, wenn wir überhaupt vorgehen wollen, wir kaum engere Grenzen ziehen können. Dem Abg. Auer erwidere ich, daß, was ich den Schriften Krapotkins und Bakunins entnommen habe, Aufzügen der letzten Jahre entstammt. Redner hebt hervor, daß er richtig citirt habe „alle Religionen beruhen auf Blut“. Wenn die Stenographen „Aug“ verstanden hätten, so sei er daran unschuldig. Die Behauptung des Abg. Auer, daß das Gesetz gegen die Arbeiter richtet, ist unrichtig. Schreiben denn die Arbeiter die Artikel in den Zeitungen, halten Sie denn die Vorträge in den Versammlun-

Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, kann werden sich in

lungen? Oder sind es nicht bestimmte Agitatoren? Nur diese Leute, die den Umsturz säen, sollen von dem Gesetz getroffen werden.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich Abg. v. Stumm dagegen, daß er, wie Abg. Gröber behauptet, gegen die Arbeiter-Gewalt gepredigt habe. Er habe nur gegen die Agitatoren-Gewalt empfohlen. Die beste Bekämpfung der Socialdemokratie liege im Ausbau der Arbeiterwohlfahrts-Gesetzgebung.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Verathung über die Umsturzvorlage.

Locales.

Breslau, den 10. Januar 1895.

[Zur Errichtung eines Hallenschwimmbades in Breslau.] Wir berichteten vor einigen Tagen von den Verhandlungen, die zwischen dem Comité für die Errichtung eines Hallenschwimmbades in unserer Stadt und dem Magistrat über die der Hallenschwimmbadgesellschaft städtischerseits zu gewährenden Erleichterungen gepflogen werden. Wie die „Breslauer Zeitung“ erfährt, hat der Magistrat das betreffende Gesuch des Comitées — das in seinen Einzelheiten mitgetheilt worden — einstimmig angenommen. Eine entsprechende Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung demnächst zugehen, und von dieser wird es somit abhängen, ob die Angelegenheit, für die sich in unserer Bürgerchaft das wärmste Interesse kundgibt, baldigt aus dem Stadium der Vorbereitung in dasjenige der Verwirklichung übertritt. Die Statuten sind ausgearbeitet, das der öffentlichen Concurrenz zu Grunde liegende Bauprogramm ist fertiggestellt, das Geld ist vorhanden: es fehlt nur noch das Placet der Stadtverordneten.

Auf jeden Fall wird die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung zu dem Projecte so schnell wie möglich geben.

[Ist der Rentenempfänger verpflichtet, sich auf Verlangen der Berufsgenossenschaft einer ärztlichen Behandlung in der Chloroform-Narkose zu unterziehen?] Das Reichsversicherungsamt hat diese Frage in einer Entscheidung, die es am 3. d. Mts. fällt, verneint. Der „Berliner Volkszeitung“ wird darüber berichtet: Der Tischler Steck hatte sich eine Ripswunde bei der Arbeit zugezogen; die Wunde verschlimmerte sich derart, daß der Verletzte in seiner Erwerbsfähigkeit dauernd geschädigt wurde. Nachdem er über vier Jahre eine Rente bezogen hatte, forderte die Berufsgenossenschaft den Rentenempfänger auf, sich zu einem Arzt in die Behandlung zu begeben, damit die Steifheit einiger Glieder der Hand, welche nach Heilung der Wunde zurückgeblieben war, beseitigt werde. Der Arzt erklärte eine Besserung in dem Zustande des Verletzten für möglich, wenn die Glieder in der Narkose gebeugt würden. In Folge dieses Gutachtens forderte die Berufsgenossenschaft den Verletzten auf, sich der vorgeschlagenen Behandlung zu unterziehen. Steck lehnte es jedoch ab, sich betäuben zu lassen; die Berufsgenossenschaft stellte nunmehr jede Rentenzahlung ein. Der Verletzte wandte sich an das Schiedsgericht, welches den Bescheid der Beklagten aufhob und dem Verletzten die Rente wieder zusprach, da ein Verletzter nicht gezwungen werden könne, sich betäuben zu lassen. Hiergegen legte die Berufsgenossenschaft Recurs beim Reichs-Versicherungsamt ein und beantragte die Aufhebung der Vorentscheidung. Die Genossenschaft machte geltend, die Narkose sei oft das einzige Mittel, um geriebene Simulanten zu entlarven; das bayerische Landesversicherungsamt spreche den Berufs-Genossenschaften jetzt auch das Recht zu, von den Verletzten verlangen zu können, daß sie sich der Narkose unterwerfen; das württembergische und sächsische Landesversicherungsamt hätten sich bereits dieser Anordnung angeschlossen. — Das Reichs-Versicherungsamt wies jedoch den Recurs der Berufs-Genossenschaft zurück und erklärte in Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht, daß die Verletzten nicht verpflichtet seien, sich betäuben zu lassen, da eine Chloroformnarkose nicht ohne Lebensgefahr des Patienten vorgenommen werden könne.

[Irrthümlich gekaufte Versicherungsmarken] werden den Postämtern häufig zum Umtausch gegen andere Marken zurückgereicht, aber regelmäßig zu diesem Zwecke nicht angenommen, weil die Postämter sich angeblich aus Rücksicht auf den Verlethten hierauf nicht erlauben können. Im Interesse der Verlethten

Betheiligten weisen wir behufs Vermeidung von Zeitverlust darauf hin, daß unter Darstellung des Sachverhaltes die Marken in solchem Falle derjenigen Versicherungsanstalt einzureichen sind, deren Name auf derselben abgedruckt ist. Alsdann erfolgt der Ersatz für die Marken in barem Gelde.

[Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 30. December bis 5. Januar fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 65 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 249 Kinder geboren; davon waren 196 ehelich, 53 unehelich, 234 lebendgeboren, (127 männlich, 107 weiblich), 25 todtgeboren, (8 männlich, 7 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 183 (93 männlich, 90 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 66 (darunter 13 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 23, von 5 bis 10 Jahren 6, von 10 bis 15 Jahren 1, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 25 Jahren 4, von 25 bis 30 Jahren 1, von 30 bis 40 Jahren 13, von 40 bis 50 Jahren 16, von 50 bis 60 Jahren 19, von 60 bis 70 Jahren 11, von 70 bis 80 Jahren 14, über 80 Jahre 1. — Es starben an Scharlach 2, an Malaria und Malaria 3, an Malaria — an Diphtheritis und Group 11, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten 1, an Unterleibstypus — an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall 2, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 10, an anderen acuten Darmerkrankheiten 2, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 12, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 9, an anderen Krankheiten des Gehirns 9, an Lungenemphysem 21, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 17, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 4, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 2, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 13, an allen übrigen Krankheiten 41, in Folge von Verunglückung 3, in Folge von Selbstmord 4, Unbekannt 4, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Vorwoche: Gestorbene überhaupt 26,40, im ersten Lebensjahre Geborene 4,52, an Lungenemphysem Geborene 3,03.

[Polizeilich gemeldete Injectionskrankheiten.] In der Woche vom 5. Januar bis 29. December 1894 wurden 125 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 17, an Unterleibstypus —, an Malariafieber —, an Scharlach 11, an Malaria 99, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber 1.

[Stadt-Theater.] Heute, Donnerstag, gelang die Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ zur Aufführung. — Morgen, Freitag, findet die erste Aufführung der Tragödie „Thimon von Athen“ statt.

[Lobe-Theater.] Heute, Donnerstag, beginnt, wie bereits gemeldet, der Billet-Vorverkauf zu der am Sonnabend stattfindenden Premiere des neuesten von Schönthan-Kadelburg'schen vieraktigen Schwanks „Zum wohlthätigen Zweck“.

[Concordia-Theater.] Der am Sonntag zum ersten Male aufgeführte Schwank „Die treulose Philippine“ von Kneifel erzielte einen besonders guten Erfolg. — Heute, Donnerstag, findet die zweite Aufführung dieses Schwanks statt. — Morgen, Freitag, geht auf reichthümlichen Markt nochmals die Operettenposse „Jägerlieben“ in Scene. — In Vorbereitung befindet sich das Lustspiel „Herr und Frau Doctor“ von Heinesmann, und seine erste Aufführung erfolgt künftigen Mittwoch zum Benefiz für Fräulein Clara Heimesmann, die beliebte Kaiserin des Concordia-Theaters.

[Der Eisstand] erstreckt sich auf der Oder gegenwärtig bis Dölan und darüber hinaus. Viele Stellen des Eises bieten Gefahr beim Betreten, da in Folge des reichlichen Schneefalles die Ebede nicht überall genügend stark werden konnte; es ist daher auf das dringendste anzurathen, nur die geprüften und ausgezeichneten Stellen des Eises zu betreten.

[Verrentlozes Fahrwerk.] Am 8. d. M., Vormittags fand auf der Danzigerstraße ein Milchwagen lange Zeit ohne Aufsicht. Da sich ein Eigenthümer zu dem Fahrwerk nicht meldete, wurde dasselbe nach dem Hofe des Expediteurs Schierer auf der Danzigerstraße geschickt.

[Irrthümliche Zahlung.] Am 7. d. M. Abends hat der Dienstmann Adam Jemisch (Palmstraße 29) von einem unbekanntem Herrn an Stelle eines Commisars eine Jungmannschaft in Zahlung erhalten.

[Verzuchter Einbruchsdiebstahl.] In der Nacht zum 9. d. M. wurde ein Einbruch in das Wäschgeschloß eines Kaufmanns auf der Albrechtsstraße verübt, indem der Dieb eines der Vorleschloßer an der nach dem Hauptthur führenden Thüre des Ladens öffnete; dazu ist der Dieb verurtheilt worden.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 8. d. Mts. 47 Personen. — Gefangen: einem Scherhändler auf der Oberstraße in Bogenschild. — Abhandelt gekommen: ein schones Lamm, eine Eigenthümerin, ein Hundertmarkstein, eine goldene Kette in Goldschmiedwerk und ein Hund Schloßel. — Gefunden: ein Pincus, drei Spargelkugeln, eine silberne Halskette, ein Brief, ein Dole Dinten und eine Prügelle.

Schlesien.

* Oberschlesisches. Die Landlehrer des ober-schlesischen Industriebezirks hatten zwecks einer Action zur Aufbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse eine Commission gewählt, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, ein Denkschrift auszuarbeiten und diese den Kreis- und Verwaltungsbehörden zu überreichen, danach bei den maßgebenden Personen persönlich vorstellig zu werden, bezw. bei dem Provinzialrathe und dem Minister eine Audienz nachzusuchen. In dieser Denkschrift, die nunmehr im Druck vorliegt, wird, der „Rattowitzer Ztg.“ zufolge, die traurige wirthschaftliche Lage des Lehrerstandes im Industriebezirke in durchaus correcter Weise und sachgemäßer Ausführung besprochen. Nirgends sei der Lehrer so schlecht besoldet als in den Landgemeinden des Industriebezirks. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land sei bezüglich der Lebensverhältnisse dort nicht zu machen. Das citirte Blatt bemerkt, daß es manche politische Gemeinde giebt, welche die Nothlage ihrer Lehrer anerkennt. Leider mache aber in gar vielen das Veto des Gutsheeren die gute Absicht zunichte. Häufig genug werde geäußert: was wollen denn eigentlich die Lehrer, es soll doch ein Besoldungsgesetz eingeführt werden! In einigen Orten des Rattowitzer Kreises und an sämtlichen Schulen im aereise Beuthen sei im vergangenen Jahre ein Besoldungsplan nach Dienstaltersstufen zur Einführung gelangt, welcher für viele Lehrer eine Verschlechterung bedeute; für den Kreis Beuthen sei der Verlust auf über 15,000 Mark zu schätzen, d. h. pro Lehrer 86,18 Mark.

* Feiburg, 8. Januar. Ein unglücklicher Schuß. Gestern schoß beim leichtsinnigen Pantinen mit einem Revolver ein Arbeiter den Tischler Garmisch in Liebichau in den Oberkiefer. Die Kugel drang bis in die Schädelhöhle. Der Schwerverletzte ist Vater von 6 Kindern.

Aus den Nachbarprovinzen.

* Posen, 8. Januar. Schneefall. Seit gestern Nachmittag fällt hier ununterbrochen Schnee. Der Pferdebahnbetrieb ist in Folge dessen eingestellt worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Januar. Eine große Vermehrung der Kriegsflotte und Erweiterung der Marine steht uns in Deutschland bevor, wenn es nach den Plänen geht, welche der Kaiser am Dienstag Abend seinen parlamentarischen Gästen im Neuen Palais dargelegt hat. Die „Freisinnige Ztg.“ berichtet hierüber unter Anderem:

Der Kaiser war in Admiralsuniform. Die Gäste, darunter etwa 20 conservative, freiconservative und nationalliberale Abgeordnete, sowie aus der Centrumpartei der Vicepräsident Hrhr. v. Buol und Graf Hompesch, wurden durch den Musikchef, wofür die Weihnachtsfeier aufgebaut waren, in einen größeren Saal geführt. Hier ergriff der Kaiser das Wort zu einem anderthalb bis zweistündigen Vortrag über die Marine und die Nothwendigkeit ihrer Erweiterung. Der Kaiser stellte vergleichende Betrachtungen an mit der Stärke der Marine der ersten europäischen Seemächte und suchte weiterhin aus der Stärke der Handelsflotte Schlüsse zu ziehen auf die notwendige Verstärkung der für überseeische Expeditionen bestimmten deutschen Kriegsschiffe, insbesondere auch der neuen Panzerkreuzer. Der Vortrag wurde erläutert durch Zeichnungen auf großen aufgestellten Tafeln. Im zweiten Theil des Vortrags schilderte der Kaiser mit großer Lebhaftigkeit die jüngste Seeschlacht in Yalu zwischen der japanischen und der chinesischen Marine. — Die anwesenden Abgeordneten gewannen aus dem Vortrag den Eindruck, daß die großen Vorarbeiten für Schiffneubauten in dem vorliegenden Marine-Gesetz die Spitze eines weitumfassenden Projects zur Erweiterung der Marine darstellen, wie es zwar in der letzten Zeit wiederholt von dem Admiral Hollmann scizziert, aber stets von dem Reichstanzler Grafen Caprivi nachher dementirt worden ist. Ueberall trat im Vortrag die bekannte besondere Vorliebe des Monarchen für die Marine hervor. Der Vortrag schloß nach der Meldung eines Berichterstatters ungefähr mit den Worten: „Machen Sie dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Colonialpolitik, zu seinem 80. Geburtstag die Freude, die für die Flotte geforderten notwendigen Summen zu bewilligen!“

Wohl noch niemals, so bemerkt das obengenannte Blatt, ist von Seiten eines Monarchen so unmittelbar auf die Entschliessungen der Reichstagsabgeordneten in Bezug auf Geldbewilligungen einzuwirken gesucht worden.

— Das Staatsministerium hat am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr eine Sitzung abgehalten.

— Für die Plenarsitzungen des Reichstages ist nachfolgendes Programm in Aussicht genommen. Nach der Beendigung der ersten Verathung der Umsturzvorlage sollen die beiden nationalliberalen Interpellationen zur Handwerkerfrage und in Betreff Guatemalas zur Verhandlung kommen. Daran würden sich reihen die erste Verathung über die Novellen zu den Justizgesetzen, über die Gesezenthwürfe, betreffend die Binnen-schiffahrt und die Fößerei und über die anderen inzwischen eingebrachten Gesetze.

— Ueber die Monopolisirung des Getreidehandels hat in der Commission der wirthschaftlichen Bereinigung des Reichstages wieder eine Verhandlung begonnen.

— Die Budget-Commission des Reichstages wird Donnerstag ihre Arbeiten beginnen und zwar mit der Verathung des Militäretats.

Eine Interpellation wegen mangelnden Schutzes der Deutschen im Auslande wird die national-liberale Fraktion einbringen.

Die Gewerbe-Gesetznovelle, welche dem Reichstag zugegangen ist, enthält Abänderungen der bisherigen Gewerbeordnung in den Paragraphen 30, 32, 33, 35, 42b, 44, 53, 56, 56b, 57, 57a und b, 50b und 148.

Die Angaben einzelner Blätter über den Zeitpunkt für die Inkraftsetzung der Bestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk sind, den „Berl. Polit. Nachr.“ zufolge, verfrüht. Wann werden denn eigentlich die Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe in Kraft treten?

Die Reichstagswahl für den Wahlkreis Ostpreußen ist auf den 23. Februar anberaumt worden.

Wien, 9. Jan. In der gestrigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages wurde, nach den anheimelnd unvermeidlichen Streitigkeiten zwischen Liberalen und Antifemten, über einige Berichte des Landesauschusses berathen, von denen der wichtigste der über die öffentliche Sicherheit war.

Die „Inolenz, das Unverständnis und das Ubelwollen der Behörden sei schuld daran, daß die notwendigen Besserungsanstalten nicht errichtet werden.“ Die Klauen des Abgeordneten Schöffel sind gewiß berechtigt, treffen aber nicht annähernd den Kern der Sache.

Der russische Minister des Innern Durnowo ist nach der „Frankf. Zig.“ in seiner Stellung erschüttert. Ein Gesuch desselben um Intervention des Kaisers in einer Familienangelegenheit wurde sehr ungünstig zurückgewiesen.

Arbeitslosen-Versammlung.

Heut Vormittag fand im Saale des „deutschen Kronprinzen“ die erste Arbeitslosen-Versammlung aller in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Der Saal war gefüllt und die Versammlung verlief in der ordnungsmäßigsten Weise.

Landesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen. I. Gerichtsdiener Carl Trumbke, kath., Meisse, und Pauline Boffog, kath., Baftelgasse 3. Cigarrenmacher Ernst Gewande, ev., Uferstr. 23a, und Ottilie Paul, kath., Carlsstraße 48/49.

Affessor Paul von Flottwell, ev., L. -- Drochlenbesitzer August Scholz, ev., L. -- Schutzmann Ernst Mangel, ev., S. -- Schlosser Bernhard Sommer, kath., S. -- Buchhalter Oscar Besuch, ev., L. -- Vorkosthändler Julius Mietwa, kath., L. -- III. Kellner Edmund Wahn, kath., S. -- Putzschmied August Schmelke, kath., S. -- Arbeiter Franz Dörsch, kath., S. -- Kupferschmied Gotthard Weise, ev., L. -- Fabrikarbeiter August Schmelke, kath., S. -- Fabrikarbeiter Paul Fink, ev., S. -- Haushälter Theodor Stephan, kath., S. -- Buchschneider Ignaz Kucyera, kath., S. -- Arbeiter Karl Lipske, ev., L. -- Tischler Hermann Feder, ev., L. -- Fleischer Wilhelm Eierpe, ev., L. -- Schriftföher Otto Materne, ev., L. -- Arbeiter Gustav Mätzke, ev., S. -- Küster Heinrich Pelz, kath., S. -- Schlosser Wilhelm Drost, ev., L.

Todesfälle. II. Postunterbeamtenfrau Vertja Burghardt, geb. Mainke, 27 J. 6 M. -- Margarethe, L. des Malers Paul Bietich, 6 M. -- Tischlerfrau Anna Häbel, geb. Bittner, 37 J. -- Müllerwitwe Josefa Abend, geb. Mischorke, 73 J. -- Paul, S. des Fleischers Hermann Mätzke, 5 M. -- Elise, L. des Pflanzkuchers Heinrich Köhler, 11 M. -- Lydia, L. des Schuhwaarenfabrikanten Theodor Wenzel, 4 M. -- Arbeiterwitwe Franziska Willner, geb. Rosenberger, 79 J. -- Hildegard, L. des Verlagsbuchhändlers Max Müller, 12 J. -- Babenmeisterfrau Klara Holder, geb. Mählich, 33 J. -- Schneidermeisterwitwe Marie Fischer, geb. Neumann, 75 J. -- III. Martha, L. des Schneidermeisters Stanislaus Kraski, 5 M. -- Fritz, S. des Handschuhmachers Ernst Köhler, 2 M. -- Haushälter Karl Pfeiffer, 49 J. -- Gastwirth Gustav Wajunko aus Trebnitz, 53 J.

Breslau, 9. Januar. (Amilicher Producten-Börsen-Bericht.) Mühl (per 100 Kilogr.) -- gefühd. -- Str. loco, in Qualitäten a 5000 Kilogr. -- per Januar 43,50 Br., per Mai 44,00 Br. -- Spiritus per 100 Liter (a 100 pSt.) ohne Faß; excl. 50 und 70 MZ. Verbrauchsabgabe, gefühdigt -- Str., abgelassene Kündigungscheine -- per Januar, 50er 48,70 B., 70er 29,20 B.

Breslau, 9. Januar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Saad 22,25 bis 22,75 MZ. -- Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg., incl. Saad 19,50-20,20 MZ. -- Weizen-Meie per Netto 100 kg. in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 7,00-7,40 MZ., b) ausländisches Fabrikat 6,60-7,00 MZ. -- Roggenmehl fein per Brutto 100 kg. incl. Saad 17,25-17,75. -- Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 7,40-7,80 MZ., b) ausländisches Fabrikat 7,00-7,40 MZ.

1. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 9. Januar 1895. -- 2. Tag Vormittag. Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Alnummern beigefügt. (Ohne Gewinne.) 264 308 23 74 652 745 60 88 1820 36 81 85 588 817 78 983 2011

91 106167 367 82 400 595 703 (1500) 22 77 812 82 900 80 107100 15 270 324 (100) 430 76 779 99 (100) 837 108190 508 656 (100) 766 807 (200) 34 38 78 919 109070 197 275 440 536 850 722 901 29 72 97 110048 165 305 62 410 566 70 617 49 111128 286 354 79 626 703 963 112011 463 648 68 762 914 113019 225 285 370 549 914 85 114032 116 80 97 261 328 392 703 825 89 991 115213 84 500 92 422 711 35 116015 (100) 407 80 589 696 (100) 705 805 117067 94 221 410 42 55 71 531 619 667 765 805 45 58 87 951 118192 218 41 497 682 661 816 97 119156 212 609 (150) 23 30 722 50 815 55 56 80 914 120042 1 9 363 610 89 797 810 1210 7 (100) 221 48 61 318 26 (200) 84 98 516 692 99 794 552 959 122006 142 52 276 411 501 (100) 54 761 79 12314 46 245 454 614 68 754 830 81 124161 261 403 72 511 714 71 948 125081 192 444 48 91 591 870 948 126028 225 (72 418 571 580 61 79 1270 8 254 83 34 90 333 70 660 608 27 98 128002 75 421 602 96 796 (100) 800 25 129425 496 598 608 79 120065 81 130 217 93 478 551 623 621 131198 263 89 335 452 554 914 132046 66 133 40 424 621 917 133028 34 123 47 87 330 71 475 76 719 948 69 134010 70 81 297 392 504 10(100) 53 59 62 844 135071 231 317 412 650 76 712 23 844 926 136068 73 (150) 85 135 232 308 486 622 33 41 96 819 137111 359 91 402 514 33 84 624 72 82 990 986 138026 450 511 64 667 802 958 139068 91 117 41 235 713 140211 372 474 562 568 141042 107 90 255 547 611 67 709 833 970 96 142059 68 165 379 435 51 691 847 945 143080 316 21 535 77 711 57 83 144004 337 619 807 934 145274 366 8 2 146179 201 74 524 91 709 24 572 147232 312 27 93 588 614 (100) 745 820 (100) 30 81 148163 292 425 40 651 720 (150) 860 (100) 920 149378 5 0 11 28 663 880 926 63 150043 171 91 372 427 49 87 672 88 921 74 151215 366 91 400 43 761 879 152126 80 227 66 455 74 797 954 71 153297 445 (100) 578 74 70 971 154100 68 458 67 155332 336 494 500 37 (100) 727 70 94 839 88 980 156156 89 513 34 619 (100) 791 93 157 25 169 237 492 890 851 158443 138 345 477 767 (100) 854 834 (200) 159533 891 (100) 889 160042 107 446 662 585 161208 50 57 410 57 607 900 44 162025 77 326 493 507 72 656 837 (200) 163060 189 291 340 447 929 164153 462 618 34 98 791 858 165031 171 (100) 220 400 29 55 524 42 610 91 776 166095 227 51 71 308 (100) 16 74 553 535 743 817 167005 144 84 244 60 373 696 910 26 66 168172 368 621 752 886 89 169022 (100) 55 70 204 372 432 73 88 671 732 859 170023 36 87 85 134 237 303 563 70 900 171226 397 675 954 172222 82 336 454 (200) 644 931 173303 589 826 174213 19 21 (100) 413 83 94 97 521 611 832 175066 359 76 73 945 96 176 63 77 88 247 382 519 716 79 878 9 2 13 68 177056 272 687 732 935 62 178053 167 67 409 88 526 684 723 52 855 64 941 179230 85 341 91 452 73 569 73 634 56 733 921 180366 658 8 6 181147 282 490 653 71 24 962 88 182116 276 93 539 738 861 183026 592 (100) 413 36 98 517 61 880 184148 65 287 342 428 76 573 98 701 96 859 91 185030 148 49 203 304 24 429 33 667 77 576 98 918 186106 256 79 653 842 940 58 187371 97 416 44 63 569 82 (100) 749 314 188133 61 491 608 98 759 71 826 947 189070 213 65 78 91 384 435 98 582 667 825 45 922 190542 51 569 191005 10 373 410 669 92 719 940 192103 207 26 63 422 74 512 683 849 926 193010 185 362 564 95 797 194109 28 54 92 113 271 423 635 616 928 195031 42 264 379 (100) 488 89 952 98 196318 92 684 815 937 82 197088 152 211 36 46 350 590 92 648 88 (150) 198064 78 124 34 92 419 33 41 520 86 660 71 848 85 932 58 98 199233 357 (100) 406 87 (100) 827 91 940 200037 33 452 81 522 50 680 795 (150) 905 81 201055 63 72 114 38 480 93 593 799 805 945 88 202011 87 283 302 497 748 91 801 203022 40 149 (100) 61 230 648 835 907 (100) 43 204059 (100) 342 76 541 76 771 902 205069 161 81 236 50 311 437 51 64 566 605 17 87 (200) 827 206239 335 70 80 590 765 991 207138 363 416 723 828 973 208124 320 22 435 5 7 81 791 913 61 92 209067 157 236 (100) 428 (100) 648 720 29 30 955 210038 63 73 128 28 235 381 477 614 71 856 92 211009 133 98 218 47 93 335 79 400 8 620 844 978 92 212013 94 267 364 (100) 498 529 743 801 40 990 213010 184 280 303 442 555 57 335 214016 86 608 63 814 20 93 927 215333 91 216004 (100) 139 337 59 (100) 404 572 217543 56 59 801 65 91 993 218154 80 379 549 600 13 72 845 93 923 219184 400 80 646 92 694 930 84 220163 71 89 205 430 72 697 267 97 221072 103 26 244 66 429 98 587 (100) 98 838 923 222000 78 149 546 95 335 90 888 902 34 223126 254 414 520 344 532 913 (150) 22 39 224067 184 78 622 43 743 910 86 225178 239 46 517

Möbel, in allen Holzarten, gebraucht u. neu, sowie Wiener Stahlisn, Ladentafeln, Spiegel u. Feisterwaaren, Repositorien, m. u. ohne Schublade. Auch zahle ich die reellsten Preise, für alle Arten Möbeln und Betten. A. Schubert, von jetzt ab nur 13, Stockgasse 13, 3366 Gde Ursulinerstr. part. u. 1. Stg.

Sieben erschien: Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der socialdemokr. Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21.-27. October 1894. Preis 25 Pf. (Porto 10 Pf.) Zu beziehen durch die Exped. d. BL.

Wichtig für Raucher! Cigarren 3 St. 10 Pf., 100 St. 8 MZ. empfiehlt Louis Schröter, Cigarrenfabrik, Friedrichstraße 64, vi-a-vindes Zimmerstraße.

Vom Hochverraths-Proceß wider Liebknecht, Babel, Hepner vor dem Schwurgericht in Leipzig vom 11.-26. März 1872 ist fobden das 17. Heft erschienen. Preis des Heftes 25 Pf. Mit dem Abonnement kann jedes Heft begonnen werden. Probehefte liefert jeder Colporteur.

Stadt-Theater.

Donnerstag: „Die Reiterhänger.“
Freitag: Zum 1. Male: „Simon von Sise.“

Lobe-Theater.

Donnerstag: „Madame Sans Gêne.“
Freitag: Zum letzten Male: „Madame Sans Gêne.“
Sonntag, den 12. Januar 1895.
Zum 1. Male: „Zum wo thätigen Zweck.“

Victoria-Theater

(Cimmener-Garten.)
Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Eppmann's

weltberühmtes Panoptikum
und Kaiser-Gallerie
Oblauerstr. 64, I. Etage.
Kaiser- und Fürstengallerie, Gallerie
berühmter Gelehrter, Dichter u. s. w.

Im Panorama ist ganz neu aufgestellt
die Lieblingschlösser König
Ludwig II von Bayern Cholera
in Hamburg, Ermordung Carnots,
Hinrichtung Caserio u. a. m.

Neue Heringe

Ring 46, im Hofe. 3277

Musik-Instrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielbogen zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
R. Cohn, Kupfer- u. Schmiedestr. 17.

Cigarren

in nur guten Qualitäten und
jeder Preislage empfiehlt

C. Koppatz,

Kurze Gasse 76. 3131

Cigarren

in nur guten Qualitäten und jeder
Preislage offerirt

Carl Flanse,

8157 (vormals B. Ostrzycki)

Cigarren-Expres- und Detail-Geschäft.

No. 1. Alie Tasehenstrasse No. 1.

!Brot!

groß und schmackhaft,
sowie Weiß- u. Feinweizen liefert
die Bäckerei von 3272

Paul Zorowka,

65, Kurze-Gasse 65.

Der Arbeit-Vertrag.

Ein Leitfaden
für den Arbeiter vom Beginn bis
zum Ende des Arbeitsverhältni-
sses.

Diese Brochüre giebt an der Hand
der Schweizerverfassung, des Gewerbe-
gesetzbuchs, der sonstigen Reichs-
gesetze und Urteile verschiedener Ge-
richtsinstanzen dem Arbeiter Aufklärung
über die wichtigsten rechtlichen Ver-
hältnisse, die auf den Arbeitsver-
trag Bezug haben. Es ist somit ein
Ratgeberbuch für den arbeitenden
Menschen.

Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung

Nach längerem Leiden verstarb am 8. d. Mts. die Frau
unseres werthen Collegen

F. Hoffmann.

Wir verlieren in ihr eine treue Freundin und Genossin.
Ein ehrendes Andenken wird ihr stets bewahrt bleiben.
Die Gesellen der Firma Weber & Loske.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau
und Umgegend.

In nachstehend verzeichneten Lokalen werden regelmäßig jeden
Sonntags Abend von 8 1/2 Uhr ab Vereinsbeiträge erhoben:
Rüster, Lehndamm,
Elsner, Kleine Scheinigerstraße 57, Ecke Hirschstraken,
Edlich, Neumarkt 8 (3 Tauben), Jänsch' Brauerei, Weinwischstraße.
Die am Montag im Vereinslokale stattfindenden Kassenabende bleiben
ebenfalls bestehen. Der Vorstand.

Gesangs-Abtheilung

des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.

Jeden Freitag von 8-11 Uhr:

Übungsstunde

im Vereins-Lokal (Neumarkt Nr. 8)
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen
Der Obmann.

Zuschneider,
Vorrichter,

zur geübte, erste Kräfte finden bei hohen Löhnen dauernde Beschäftigung.
R. Dorndorf, Schuhfabrik, Höpferw. 3122

1. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 9. Januar 1895. - 2. Tag Nachmittags.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in
Kammern beizugeben. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and their corresponding prize amounts.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter

3424 E. H. 20, Hamburg.
Sonntags, den 19. Januar cr.
im Saale zum „Deutschen Kronprinzen“, Sturze-Gasse 50.58.
Tanz-Kränzchen,
zum Besten des Unterstützungsfonds obgenannter Kasse.
Entrée: Herr incl. Dame 60 Pfg., einz. Dame 25 Pfg.
Anfang 8 Uhr. - Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Eintrittskarten sind bei den Ortsbeamten und im Kassenlokal
Neuße-straße 65 „goldenen Hecht“, sowie in der Expedition d. Bl. zu
haben. Die Ortsverwaltung.
NR. Sonntags, den 19. kein Kassenabend, dafür Sonntag, den
20. von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags: Kassen tag.

Photographisches Atelier
„Rembrandt“

Altstädter-Ohle 7, vis-à-vis Lustig & Selle und
Hummerei 54, I. Etage
empfehl. sich zur Aufnahme von Portraits, Gruppe, Landschaften etc.
bei feinst. Ausführung zu billigen Preisen.
Geöffnet täglich auch Sonntags. 3164

Pilsener Bieres

Rit dem Ausstoß unseres hochfeinen, lichten
Pilsener Bieres
mit vorzüglichem Hopfen-Aroma 2460
haben wir begonnen.
Eleichzeitig empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz
eingebrauten
hellen und dunklen Lagerbiere.
Brauerei Wünsche & Co.
Grüneiche-Breslau.